



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 2
Dienstag, 25. Januar 2011
18:01 - 20:35 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 16.02.2011

Vorsitz:	Edgar Zehnder	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Gädi Distel Beat Steinacher	CVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Fabian Käslin Amila Dracic	JFSH AL
Schluss der Sitzung:	Stadtpräsident Thomas Feurer	

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 6. Juli 2010 Nachtrag I vom 9. November 2010: Wohnraumentwicklung Schaffhausen	Seite 16
2	Interpellation Simon Stocker (AL): Stadtentwicklung im Güterbahnhof	Seite 28
3	Postulat Katrin Huber Ott (SP): Autofreie Altstadt	Seite 34

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

26.01.2010	VdSR Totalrevision der Stadtverfassung	SPK
03.08.2010	VdSR Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 1	SPK
11.11.2010	Motion Walter Hotz (FDP): Transparenz bei Nachtragskrediten	
24.11.2010	Motion Daniel Preisig (JSVP): Anpassung Tarifvergünstigungen Kinderbetreuung: Schluss mit Subventionen nach dem Giesskannenprinzip	
30.11.2010	VdSR Agglomerationsprogramm Schaffhausen-Orientierungsvorlage	FK Bau
17.12.2010	VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum	FK Bau
21.12.2010	VdSR Erneuerung Waldfriedhof Schaffhausen-Sanierung Aufbahrung und Ersatzbau Dienstgebäude	FK Bau
11.01.2011	Postulat Kurt Zubler (SP): Mehr Demokratie durch Förderung von Einbürgerungen	
25.01.2011	Interpellation Daniel Preisig (JSVP): Wirksame Nutzung der Videoüberwachung durch konsequente Auswertung des Bildmaterials	

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 6. Juli 2010 Wohnraumentwicklung Schaffhausen
Nachtrag I RSE Projekt Sport- und Veranstaltungshallen
Stahlgießerei vom 9. November 2010
Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 6. Juli 2010, den Nachtrag I vom 9. November sowie den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010 mit 30:0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 6. Juli 2010 betreffend Wohnraumentwicklung, vom Nachtrag I vom 9. November 2010 sowie vom Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Planungs- und Kommunikationskredit von CHF 210'000.--. Dieser Betrag wird dem Konto 62100.581.007 Wohnraumentwicklung Schaffhausen belastet und untersteht gemäss Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die erforderlichen Vorlagen für die Umsetzung der in der Orientierungsvorlage sowie im Nachtrag I enthalte-

nen Massnahmenpakete auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten.

Traktandum 2 Interpellation Simon Stocker (AL): Stadtentwicklung im Güterbahnhof

Die Interpellation wird von Simon Stocker (AL) begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert.

Traktandum 3 Postulat Katrin Huber Ott (SP): Autofreie Altstadt

Das Postulat wird von Katrin Huber Ott (SP) begründet, von SR Jeanette Storrer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in seiner Schlussabstimmung mit 21:10 Stimmen nicht erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 2 vom 25. Januar 2011 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Käppler und Peter Neukomm sowie der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

"Ich möchte mich nochmals herzlich für die vielen netten Grussbotschaften, Beiträge und Geschenke anlässlich meiner Wahlfeier im Kronenhof bedanken und hoffe, dass Ihnen der Abend ebenfalls gefallen hat. Für mich wird der 11. Januar 2011 eine besondere Erinnerung in meinem Leben bleiben.

Die Referendumsfrist des Beschlusses vom 14.12.2010 über den Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen ist unbenützt abgelaufen ist, das Budget 2011 ist somit rechtskräftig.

Datum für die Agenda: Die Fraktionspräsidenten, der Präsident der GPK, die Fachkommissionspräsidenten und das Büro des Grossen Stadtrates haben heute die Terminanzeige für das alljährliche Parteiengespräch mit dem Stadtrat am Donnerstag, 31. März 2010, 17.00 bis 18.30 Uhr, Museum zu Allerheiligen, auf ihren Pulten aufliegen, verbunden mit der Bitte, die Delegation so zusammenzustellen, dass alle im Rat vertretenen Parteien am Gespräch teilnehmen können. Die Traktandenliste folgt zu einem späteren Zeitpunkt. "

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage von Hermann Schlatter (SVP): Werden die Strassen der Stadt Schaffhausen rechtzeitig saniert?, mit Eingangsdatum 18.01.2010.

- Bericht und Antrag der SPK zu VdSR Wohnraumentwicklung Schaffhausen und Nachtrag I vom 22. Dezember 2010
- Antwort auf Kleine Anfrage von Walter Hotz (FDP) und Hermann Schlatter (SVP): Neuorganisation des Baureferats (Immobilienverwaltung) vom 18. Januar 2011

PROTOKOLL

Die Protokolle der Sitzungen Nr. 18 vom 21. Dezember 2010 und Nr. 1 vom 11. Januar 2011 wurden vom Büro geprüft und genehmigt. Sie liegen bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gelten die Protokolle als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Persönliche Mitteilung von Walter Hotz (FDP):

„Die persönliche Erklärung, die ich hiermit abgebe, erfolgt in gegenseitigem Einverständnis und in gemeinsamer Absprache mit meinem Ratskollegen Hermann Schlatter. Es betrifft die Antwort des Stadtrats vom 18. Januar 2011 auf unsere gemeinsam eingereichte Kleine Anfrage Nr. 21/2010 vom 23. Dezember. Die Antwort des Stadtrats strotzt vor Ungereimtheiten und wirft für uns weitere Fragen auf.

Weshalb betrieb Roger Düring während eineinhalb Jahren nach seinem Amtsantritt bei der Stadt noch eine private Internetseite seiner Firma „RDI Immobilien“, obwohl sich die Erlaubnis des Stadtrats vom 27. April 2009 auf die „Abwicklung der damals noch bestehenden Mandate in der Freizeit“ beschränkte und diese nach Angaben des Stadtrats lediglich noch zwei kleinere Geschäfte im Freundeskreis und ohne Honorar betraf? Diese Internetseite von Roger Düring wurde bekanntlich erst auf Intervention von Radio Munot am 22. Dezember 2010 geschlossen.

Roger Düring, so schreibt der Stadtrat, habe schriftlich bestätigt, seit seinem Amtsantritt keine neuen Geschäfte mehr getätigt zu haben. Tatsache ist, dass auf seiner Internetseite bis 22. Dezember 2010 Immobilienangebote aufgeschaltet waren. Auch wurde auf dieser Internetseite die Wohnadresse nach seinem Zuzug im Januar 2010 vom Kanton Zürich nach Schaffhausen mutiert, obwohl gemäss erwähntem Bericht von Radio Munot die angefangenen Aufträge bereits schon per Ende 2009 abgeschlossen waren. Jetzt schreibt der Stadtrat bis Ende Oktober 2010.

Roger Düring beteuerte gegenüber dem Stadtrat, er habe Anfragen von Privatpersonen nach seinem Amtsantritt jeweils an lokale Immobilienverwaltungen weiter geleitet. Tatsache ist, dass er noch im Dezember 2010 eine Anfrage einer Privatperson nach einer luxuriösen Liegenschaft dahingehend beantwortete, er habe zurzeit kein solches Objekt im Angebot. Er orientierte mit keiner Silbe den Interessenten, dass seine Firma nicht mehr existiert.

Interessant scheint auch, dass ein Roger Düring von Zürich, in Stallikon, gemäss Handelsregisteramt des Kantons Zürich Mitglied der Baugenossenschaft Büel in Zürich ist, mit dem Zweck des Erwerbs von Bauland, Mehrfamilienhäusern und Abbruchobjekten sowie Erstellung von günstigen Ein- und Mehrfamilienhäusern, wie auch übrigen Hochhäusern aller Art et cetera und als Mitglied der Verwaltung die

Kollektivunterschrift besitzt. Mit grösster Wahrscheinlichkeit handelt es sich hierbei um "unseren Roger Düring", war dieser doch vor seinem Zuzug bis 2007 in Stallikon ansässig - ob davon der Stadtrat weiss?

Es stellt sich doch die Frage, weshalb Baureferent Peter Kämpfer mit seiner Kollegin und seinen Kollegen trotz allem und trotz diverser Fehlleistungen (CHF 27'000.-- verschenkt in Beringen, Verlust von Mietzinseinnahmen wegen voreiligen Kündigungen im Stadthausgeviert, Haus Wasserquelle, arrogantes Auftreten gegenüber Architekten, Bauherrn und GPK-Mitgliedern) immer noch deckt.

Wir erwarten vom Stadtrat, dass er sich dieser Angelegenheit nochmals mit aller Seriosität annimmt und seine Verantwortung gegenüber den anderen Mitarbeitenden und den Steuerzahlern wahrnimmt. "

Stellungnahme SR Peter Kämpfer:

"In der Antwort auf die Kleine Anfrage hat der Stadtrat alles gesagt, was er weiss. Wenn Walter Hotz und Hermann Schlatter weitere Informationen haben, die sie lieber über die Medien kommunizieren anstatt vielleicht über die GPK, können wir diese auch nicht bewerten. Es ist klar, dass Fehlleistungen von Mitarbeitenden nach Personalrecht geahndet werden, das haben wir auch gesagt. Es ist aber auch klar, dass der Stadtrat solche Angelegenheiten nicht über die Medien kommuniziert. Beide Herren sind Mitglieder der GPK, wo wir vor Weihnachten zu diesem Thema eine Aussprache führten und sehr offen kommunizierten. Es erstaunt dann allerdings, wenn die Gegenreaktion der GPK nur über die Medien funktioniert, und das enttäuscht mich. Ich habe bisher gedacht, dass wir ein gutes Verhältnis zur GPK pflegen und offen kommunizieren. Ich bitte die Herren, die ihnen vorliegenden Informationen, welche uns nicht vorliegen, direkt an den Stadtrat oder der GPK einzureichen. "

Edgar Zehnder (SVP) übergibt für die Beratung des 1. Traktandums die Sitzungsleitung an den 1. Vizepräsidenten, Dr. Raphaël Rohner (FDP), da der Ratspräsident als Kommissionspräsident die Vorlage selbst vertreten möchte. In der Detailberatung wird der 2. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP), die Orientierungsvorlage, den Nachtrag I sowie den Bericht und Antrag der Spezialkommission seitenweise verlesen.

Traktandum 1 Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 6. Juli 2010 und Nachtrag I vom 9. November 2010: Wohnraumentwicklung Schaffhausen

Edgar Zehnder (SVP)

SPK-Bericht

"Vorab möchte ich mich bei SR Peter Kämpfer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Vorstellung und Begleitung der Vorlage bedanken. Ich werde versuchen, mich auf einige Punkte aus der Vorlage und den Kommissionssitzungen zu beschränken. Der Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010 wird Ihnen in der Detailberatung vorgelesen.

Schaffhausen verzeichnet nicht nur einen negativen Geburtenüberschuss, sondern liegt auch mit dem Steuerertrag pro Kopf im Vergleich zu anderen Städten des Metropolitanraumes Zürich klar an letzter Stelle. Im Weiteren hat Schaffhausen die drittälteste Bevölkerung der Schweiz. Der Wohnflächenbedarf pro Person wird mittelfristig von 47m² auf 61m² ansteigen. Die Leerwohnungsquote liegt zurzeit bei tiefen

0.5%, wobei diese Wohnungen eher alt und in schlechtem Zustand sind. Wenn die Infrastruktur in der Region Schaffhausen mit dem Halbstundentakt nach Zürich ab 2012 verbessert wird, braucht es auch attraktiven und genügenden Wohnraum, damit Neuzuzüger sich in unserer Stadt niederlassen können, ansonsten sind alle Bemühungen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung vergebens. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Stadt Schaffhausen mit einer geplanten Bevölkerungszunahme von 3'000 Personen nicht grösser denn je, sondern nur den Stand von 1970 mit 38'000 Einwohnern wieder erreichen würde. Zwischen 1995 und 2009 sind viele unserer Nachbargemeinden rund 30% gewachsen, während unsere Stadt im vergleichbaren Zeitraum 0% Zunahme zu verzeichnen hatte.

Mit der Orientierungsvorlage Wohnraumentwicklung zeigt der Stadtrat mit zwei Planungs- und vier Entwicklungspaketen für die nächsten vier Jahre auf, wie sich unsere Region entwickeln sollte, um den nötigen Wohnraum und wirtschaftlichen Erfolg zu schaffen. Diese Unterlagen sind eine Voraborientierung. Für jede Massnahme ist schlussendlich eine separate Vorlage nötig. Bei jeder Vorlage können wir und teilweise auch das Volk die gewünschten Details anpassen, die Vorlagen genehmigen oder auch ablehnen. Was aber über allem stehen muss, ist die Einsicht, dass jede Vorlage und Massnahme in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden muss, dass eine Abänderung oder gar Ablehnung eines Paketes die ganze Idee und Entwicklung der Stadt behindern oder sogar verhindern kann.

Anfänglich war eine grosse Gruppe innerhalb der Kommission sehr kritisch gegen die Orientierungsvorlage eingestellt. Man befürchtete, bei Annahme der Orientierungsvorlage ein Präjudiz für alle Untervorlagen zu schaffen. Vor allem sorgte in diesem Zusammenhang der Neubau einer möglichen Indoor Schiessanlage Birch im Entwicklungspaket 4 für Aufregung. Schlussendlich konnten aber alle Beteiligten überzeugt werden, dass eine globale zusammenhängende Entwicklungsstrategie die einzige richtige Stossrichtung ist. Der Stadtrat zeigte auf, dass es für eine Zeit- und Kostenoptimierung wichtig ist, so früh wie möglich die breite Meinung des Grossen Stadtrates einzuholen, um nicht in den Wind hinaus zu planen. Die neuen Kommissionsanträge wurden einstimmig, bei zwei Abwesenheiten genehmigt. “

Andres Bächtold (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Der Rats- und Kommissionspräsident hat Sie umfassend über die wesentlichen Inhalte der Orientierungsvorlage und über die intensive Kommissionsarbeit informiert, wofür ich ihm bestens danke. Ich kann mich deshalb auf wenige, für die SP/AL-Fraktion aber wesentliche Aspekte und ergänzende Überlegungen beschränken.

Die Vorlage zeigt auf, wie der Stadtrat seine im März letzten Jahres präsentierte Immobilienstrategie in einem ersten Schritt umzusetzen gedenkt. Dabei werden alle wesentlichen Aspekte, Annahmen und Absichten anschaulich, umfassend und nachvollziehbar dargestellt, was schliesslich dazu führte, dass die Kommission der Vorlage nach gründlicher Durchleuchtung einstimmig und mit marginalen Ergänzungen zugestimmt hat. Für die hervorragende Qualität der Vorlage und für die sachlichen und fundierten Erläuterungen, Ergänzungen und Erklärungen in der SPK haben sich der in letzter Zeit arg gebeutelte Baureferent und seine Mitarbeitenden ein Lob des Grossen Stadtrates und allenfalls sogar eine positive Erwähnung in der Tageszeitung mehr als verdient.

Nun stellt diese Vorlage aber nur einen ersten, wichtigen und notwendigen Teil im

Stadtentwicklungspuzzle dar. Weitere Schritte müssen folgen und sind zum Teil auch bereits in die Wege geleitet. Denn die mit der Vorlage aufgezeigten Möglichkeiten der inneren Verdichtung, allerdings beschränkt auf Liegenschaften in städtischem Besitz, fügen sich nahtlos in die mit der Richtplanung und dem Agglomerationsprogramm definierten Absichten des Kantons, wie auch in das am letzten Freitag publizierte Raumkonzept Schweiz des Bundes ein. Der Stadtrat muss deshalb alles daran setzen, nicht nur Vorbild zu sein, sondern die privaten Landeigentümer und Baulandhorte zum Nachziehen zu motivieren, beziehungsweise, falls das nicht hilft, nach Möglichkeit zu zwingen. Denn bereits kurzfristig wird aus verschiedenen Gründen Entwicklung nur innerhalb des definierten Baugebietes möglich und finanzierbar sein.

Die Stossrichtung dieser Orientierungsvorlage ist bei uns unbestritten und findet unsere einhellige Unterstützung, das auch deshalb, weil es die logische Weiterentwicklung, beziehungsweise Konkretisierung des Projektes PASS ist. Bei der Umsetzung der einzelnen Pakete der Vorlage werden wir den Stadtrat selbstverständlich an seinen Grundsätzen und Intentionen messen, die in Kapitel 5 dieser Vorlage ausführlich dargelegt sind und die er aber auch bereits mit der Immobilienstrategie knapp so formuliert: *«Die Stadt nimmt in den Bereichen Architektur / Städtebau, Energie / Ökologie und Gesellschaft eine Vorbildrolle gegenüber privaten Liegenschaftseigentümern / Investoren wahr»*. Bauten von hoher Qualität sind gefragt und auch geeignet, Schaffhausen tatsächlich als eigenständiges urbanes Zentrum im Metropolitanraum Zürich so bekannt zu machen, dass das Grundziel, nämlich moderates Wachstum zu realisieren, auch erreicht wird. Wir müssen die Chancen, welche die bessere Verkehrsanbindung in jetzt endlich absehbarer Zeit bringt, nutzen und uns von den anonymen boomenden Zürcher Vorstädten, welche in vielen Teilen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens vollständig auf die Kernstadt ausgerichtet sind und damit wenig Lebensqualität zu bieten haben, absetzen, und dies aber auch entsprechend kommunizieren.

Wesentliche Voraussetzung, dass wir schliesslich auch den Umsetzungspaketen zustimmen können, ist das in Punkt 5.2 stipulierte Ziel, dass die Stadt den Rahmen für eine Wohnraumentwicklung schafft, die sozial gut durchmischte Quartiere mit geeigneten Wohnräumen für alle Bevölkerungskreise anbietet und neue Formen des urbanen Wohnens begünstigt. Das heisst für uns zum Beispiel, dass Grundstücke nur in Ausnahmefällen verkauft werden, damit die Stadt auch langfristig Einfluss auf die Entwicklung nehmen kann. Es genügt eben nicht, jetzt die Ziele bei der Entwicklung der einzelnen Baufelder einzufordern, denn Bauten sind naturgemäss einer dauernden Veränderung unterworfen, und auch spätere Generationen sollen über Stadtentwicklungsfragen mitentscheiden können. Ich illustriere das anhand eines nahe liegenden Beispiels: Bis vor wenigen Jahren war unbestritten und fast Gott gegeben, dass auf der Breite Fussball gespielt wird. Fussballplätze und Stadion sind schliesslich da, das Areal ist durchaus auch im Sinne der Stadt entwickelt, es hätte ohne Weiteres an den Fussballclub verkauft werden können, um kurzfristig – oder eben kurzfristig – die Stadtrechnung aufzupolieren. Da das aber nicht geschehen ist, macht es nun möglich, über das grosse Areal zu verfügen und neue Ideen und Visionen zu entwickeln und umzusetzen.

Wir werden auch in Zukunft Liegenschaftsverkäufen nur ausnahmsweise zustimmen, denn nur aufgrund der Mehrheitsverhältnisse kann ein wichtiger Prozess in Gang gebracht werden, wie wir das bei der Wasserquelle und beim Bleicheareal – vermutlich zum Ärger kommender Generationen – bewiesen haben. Denn das sind genau solche Liegenschaften, welche die Stadt im Portfolio langfristig halten sollte, um auch

in Zukunft die Stadtentwicklung selbst bestimmen zu können, was mit der Abgabe im Baurecht gewährleistet ist. Damit die Rechnung für die Stadt trotzdem aufgeht, sollten dringend zwei Kategorien von Baurechten geschaffen werden: Solche für gemeinnützigen oder genossenschaftlichen Wohnungsbau und allenfalls für Gewerbebauten mit dem um 25% reduzierten Landwert als Basis der Verzinsung wie bisher und solche mit 100%iger Verzinsung für rein kommerzielle Bauten. Da davon auszugehen ist, dass die Landpreise mit zunehmender Attraktivität, und das ist ja die Absicht aller Bemühungen, steigen werden, hat die Baurechtsvergabe den zusätzlichen Vorteil, dass die Stadt an den Preissteigerungen partizipieren kann und diese nicht privaten Investoren überlassen muss. Die Absicht des Stadtrates, einen Fonds zu schaffen, in welchen sämtliche Erträge aus den Wohnraumentwicklungsprojekten fliessen sollen, wird uns allenfalls im einen oder andern Fall den Entscheid, einem Verkauf zuzustimmen, erleichtern, insbesondere dann, wenn unmittelbar absehbar ist, für was das Geld sinnvollerweise eingesetzt wird. Da das Verschwinden von Grünflächen, Baugespanne und Veränderungen allgemein immer auch Unbehagen auslösen und die Stadtentwicklungsgeschichte zuerst einmal Geld kostet bevor geerntet werden kann, braucht es Fingerspitzengefühl, die Umsetzungspakete so zu schnüren, dass sie auch von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden können.

Wir begrüßen es deshalb ausserordentlich, dass auch für professionelle PR-Massnahmen nun ein Betrag ins Budget aufgenommen werden soll. Es ist entscheidend, die Stimmbürgerinnen und -bürger möglichst am Prozess zu beteiligen und diesen in jeder Phase so offen und transparent wie möglich durchzuführen.

Fast zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zum Nachtrag I, zur Sport- und Veranstaltungshalle Stahlgießerei. Da können wir eigentlich nur noch B sagen, denn mit der Zustimmung zum Baubeitrag ans NHTLZ Schweizersbild und zum Projekt Bridge haben wir bereits A gesagt. Das Projekt wird endlich die Sporthallensituation bereinigen und zusammen mit der endgültig installierten Veranstaltungshalle die Infrastruktur für Grossveranstaltungen bringen. Dass das zusammen mit dem Kanton und den privaten Investoren passiert ist, äusserst positiv, sichert den Bestand des Industriedenkmals und der Wohnraumentwicklung und legt die Basis für die Erstellung von Wohnraum an bester Lage. In welcher Form die städtische Beteiligung im Detail erfolgen soll, damit die Stadt einerseits das optimale Kosten/Nutzen-Verhältnis erzielen kann und andererseits eine speditive Abwicklung gewährleistet ist, muss mit der konkreten Vorlage aufgezeigt werden.

Wir erwarten gespannt die Vorlagen und werden diese sehr detailliert überprüfen, unsere Vertretung in der nun erweiterten Steuerungsgruppe wird sich mit Sicherheit aktiv in den weiteren Prozess einbringen und unseren vorgängig skizzierten wesentlichen Anliegen hartnäckig und rechtzeitig Gehör verschaffen. Wir erwarten aber ebenso die längst fällige Vorlage zur Konzentration der in der Altstadt verstreuten Verwaltungsabteilungen, womit neben den betrieblichen Vorteilen zusätzlicher begehrtter Wohnraum in grosser Zahl und an besten Zentrumsanlagen freigespielt werden kann.

Die SP/AL-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der SPK zustimmen. Damit hoffen wir, dass sich die Stadt im Sinne der stadträtlichen Absichten massvoll und nachhaltig entwickelt und dass insbesondere auch die Alterspyramide abgeflacht werden kann. Dazu sind die notwendigen flankierenden Massnahmen nicht aus dem Auge zu verlieren: Einerseits die mit dem Agglomerationsprogramm vorgeschlagenen Anpassungen der Verkehrsinfrastruktur, andererseits muss, um der

Abwanderung junger Frauen entgegenzuwirken, beziehungsweise um Familien anzulocken, das Bildungs- und Betreuungsangebot weiter ausgebaut und laufend den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. “

Martin Egger (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Besten Dank dem SPK-Präsidenten für die Vorstellung der Kommissionsarbeit und die Leitung der SPK. Weiter danken wir den Mitgliedern der SPK für die sachlichen und angeregten Diskussionen und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die erarbeiteten Unterlagen.

Die FDP-Fraktion steht grundsätzlich hinter den Überlegungen des SR und unterstützt den SR in der Umsetzung der eingeschlagenen Strategie gemäss der vorliegenden Orientierungsvorlage.

Der Teufel liegt bekanntlich im Detail. Die Bewährungsprobe werden die einzelnen Vorhaben in den jeweiligen konkreten Vorlagen bestehen müssen. Da es sich beim Gesamtpaket “Wohnraumentwicklung” um komplexe, sich gegenseitig beeinflussende Geschäfte handelt, begrüsst die FDP-Fraktion eine professionelle Kommunikation in Zusammenarbeit mit einer dafür spezialisierten Agentur. Wir sind überzeugt, dass mit einer transparenten und offenen Kommunikation gegenüber den beteiligten und betroffenen Anspruchsgruppen allfällige Bedenken und Ängste, die nota bene jeder Veränderungsprozess mit sich bringt, abgebaut werden können.

Die FDP-Fraktion ermuntert den SR, unverzüglich mit der Umsetzung der Vorlage zu beginnen und wird der Vorlage einstimmig zustimmen. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion ist froh, dass es im Bereich der Wohnraumförderung jetzt offenbar vorwärts gehen soll. Wir sind allerdings enttäuscht darüber, dass seit der PASS-Diskussion eigentlich nichts mehr Greifbares gegangen ist. Um jetzt nicht noch weiter Zeit verstreichen zu lassen, scheint es uns notwendig, die Entwicklungspakete 1 und 2 in diesem Jahr anzugehen und die notwendigen Vorlagen dem Grossen Stadtrat vorzulegen. Denn die entsprechenden Vorlagen zum Paket 1 waren ja eigentlich für 2010 vorgesehen und die Entscheide zur Veranstaltungshalle Stahlgießerei sind dringend.

Neben den notwendigen Umzonungen im Planungspaket 1 muss auch das Reglement über die Vergabe von Baurechten dringend den neuen Verhältnissen angepasst werden, damit wir nicht in Zukunft unnötig teuren Wohnraum subventionieren, indem wir nicht den vollständigen Landwert einsetzen.

Es sollte nicht nur auf Gesamtlösungen gesetzt werden, sondern möglichst rasch Lösungen für das Wagenareal, das Urwerf und das Areal zwischen dem Zeughaus und der Breiteschule gefunden werden. Dabei darf man auch die Diskussion im Rat um Verkauf oder Baurecht je nach Objekt nicht scheuen. Auch unserer Fraktion ist in dieser Frage nicht immer gleicher Meinung. Wir sehen aber auch, dass die versprochene Vorlage zum Breiteschulhaus ohne Verzögerung dem Rat vorgelegt werden muss, damit keine unnötige Blockade entsteht.

Es kommt damit ein voller "Chratten" Arbeit auf das Baureferat zu. Somit ist auch der Kredit im Antrag 2 gerechtfertigt. Für das Gelingen dieses für die Stadt fast überle-

benswichtigen Vorhabens braucht es eine professionelle Kommunikation. Ansonsten läuft man Gefahr, dass die Vorlagen vor dem Volk keine Gnade finden. Die Erarbeitung eines geeigneten Kommunikationskonzeptes soll extern vergeben werden, während die Planungsarbeiten möglichst mit eigenen Leuten zu bewerkstelligen ist. Der Kredit muss nicht einfach ausgeschöpft werden, aber was Sinn macht und sein muss, sollte auch finanziert werden können.

In diesem Sinn wird unserer Fraktion auf die Vorlage eintreten und den Anträgen auch zustimmen. “

Alfred Tappolet (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Unser heutiger Doppelpräsident hat die Vorlage ausgezeichnet und ausführlich dargestellt. Ich möchte Ihnen anschliessend die SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung verlesen:

Der Stadtrat setzt für die Ausarbeitung der Vorlagen für die vier Entwicklungspakete eine Steuerungsgruppe ein. Dieser Arbeitsgruppe soll nebst dem Stadtrat je ein Mitglied jeder im GrSR vertretenen Fraktion angehören. Weiter soll auch ein Mitglied der Fachkommission Bau, der GPK und der Wirtschaftsförderung vertreten sein.

Die in den Anträgen zu bewilligenden CHF 210'000.-- beinhalten CHF 150'000.-- für die Ausarbeitung der vier Entwicklungspakete. CHF 60'000.-- werden für Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt. Dieses Geld soll nur frei gegeben werden, wenn die Steuerungsgruppe dies auch bewilligt.

Aus der Zustimmung zur Orientierungsvorlage kann nicht zwingend auch die Zustimmung zu den einzelnen Vorlagen zu den Entwicklungspaketen abgeleitet werden.

Der Stadtrat bekennt sich ausdrücklich dazu, dass je nach Möglichkeit und Situation Bauland an interessierte Investoren verkauft wird. Ferner sollten Flächen oder Objekte, die sich für Baurechte eignen, öffentlich ausgeschrieben werden, um Baurechtsnehmer zu finden. Für genossenschaftliche Wohnbauten kann ebenfalls Bauland abgegeben werden. Nur wenn die Möglichkeit des Verkaufs von Grundstücken oder Bauten in der Vorlage bleibt, werden wir ihr zustimmen.

Die in der Orientierungsvorlage vorgesehene Zusammenarbeit der Stadt mit dem Kanton, anderen Gemeinden und privaten Investoren muss Priorität haben. Ein Alleingang bei den vorgeschlagenen Entwicklungsschritten ist für die Stadt zu teuer.

Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen von Ein- und Umzonungen sind auch die privaten Interessen der Landeigentümer zu wahren. Zwangsmassnahmen in Bauordnungen lehnen wir ab.

Stichwörter zu den Entwicklungspaketen:

1. Entwicklungspaket 1, Um- und Einzonungen: Hier ist dem Gebiet Herblingen die nötige Beachtung zu schenken, nicht nur Buchthalen, Breite und Urwerf sind entwicklungsfähige Gebiete.
2. Entwicklungspaket 2: Beinhaltet hauptsächlich die Sport- und Veranstaltungshallen der Stahlgiesserei, aus unserer Sicht ist einer Mietvariante durch die Stadt der Vorrang zu geben, private Investoren dürfen nicht gebremst

werden. Beim Baulandverkauf auf der Breite werden Ersatzflächen für Familiengärten nötig sein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Gärten nicht auf attraktive Bauerwartungsflächen gelegt werden.

3. Entwicklungspaket 3, Zusammenlegung der Werkhöfe: Die Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Gemeinde Neuhausen muss erste Priorität haben. Das Areal vom Gaswerk sollte verkauft und für hochwertigen Wohnraum genutzt werden.
4. Für das Entwicklungspaket 4, das die Verlegung der Fussballplätze bei der Breitenaustrasse vorsieht, müssen wir den Entscheid über das Fussballstadion Herblingertal abwarten. Auch die Indoor Schiessanlage Birch steht auf wackeligen Beinen; ohne geeignete Beteiligungen oder Langzeitmietern kann dieses Projekt nicht realisiert werden. Eine Zusammenarbeit für die Benutzung von Schiessanlagen wäre mit den Gemeinden Thayngen oder Dörflingen zu prüfen.

Wie Sie sehen, ist in unserer Stadt viel zu tun. Die Stossrichtung ist nach unserer Einschätzung richtig. Jetzt heisst es anpacken und beste Voraussetzungen zur Realisierung zu schaffen, damit diese Orientierungsvorlage nicht zum Papiertiger verkommt. Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird - wenn die anfangs erwähnten Kompromisse der Spezialkommission durch den Grossen Stadtrat nicht in Frage gestellt werden - der Vorlage zustimmen. “

Edgar Zehnder (SVP)

SPK-Präsident

”Ich möchte erwähnen, dass es sich bei der vorliegenden Vorlage um eine *Orientierungsvorlage* handelt. Das konnten Sie bereits aus meinen extrem kurzen Ausführungen im Kommissionsbericht entnehmen. Ich finde es schade, wenn wir heute Abend zu grosses Gewicht auf die Diskussion einzelner Entwicklungspakete legen, beziehungsweise zukünftige Vorlagen bereits im Voraus “zerzausen”. “

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme SR

”Mit der Orientierungsvorlage Wohnraumentwicklung Schaffhausen hat der Stadtrat aufgezeigt, wie er unter Ausschöpfung der Spielräume eine nachhaltige Wachstumsstrategie angehen will, welche für die Zukunft unserer Stadt von zentraler Bedeutung ist. Die Vorlage ist umfangreich und bildet das grosse Spektrum der notwendigen Massnahmen ab. Es ist aus Sicht des Stadtrates nicht selbstverständlich, dass die Spezialkommission diese Vorlage in derart kurzer Zeit und unter eingehender Prüfung der Geschäfte durchgearbeitet hat, und sie heute bereits im Parlament diskutiert werden kann. Mit diesem zügigen Vorgehen hat die SPK der Bedeutung der Vorlage Nachdruck verliehen und gezeigt, dass die Umsetzung dringend und von zentraler Bedeutung ist. Es ist mir darum ein grosses Anliegen den Mitgliedern der Spezialkommission für ihre grosse Arbeit zu danken. Speziell verdanke ich die Leitung der SPK durch den Präsidenten des Grossen Stadtrates, Edgar Zehnder, und auch die Unterstützung durch den Vizepräsidenten, Dr. Raphaël Rohner, welcher einmal spontan die Leitung übernahm, und wie Sie sehen, geht es heute Abend auch umgekehrt sehr gut. Die wichtigsten Eckpunkte der Vorlage wurden Ihnen vorgestellt; es ist nicht notwendig, Ihnen diese nochmals vorzutragen.

Weil die Vorlage für die Stadt Schaffhausen von zentraler Bedeutung ist, gestatten Sie sicher, dass ich nochmals einige wichtige Betrachtungen von Seiten des Stadt-

rates anfüge. Vor allem bitte ich Sie, uns in der nun folgenden politischen Arbeit zu unterstützen, wie dies heute Abend von verschiedenen Fraktionssprechenden erwähnt wurde. Denn mit dem Ziel des Stadtrates, Stagnation zu überwinden und sich zu nachhaltigem und moderatem Wachstum ohne Neuverschuldung zu bekennen, braucht es noch grosse Aufklärungsarbeit. Der Begriff Wachstum ist emotional besetzt und kann Ängste und Vorbehalte wecken. Durch die Einbettung der Wachstumspolitik in die Wirkungsziele erreichen wir, dass auch mit Wachstum die hohe Lebensqualität in unserer Stadt erhalten werden kann. Die urbane Lebensqualität in einem intakten Umfeld muss unser Markenzeichen bleiben. Das Ziel, 3000 Einwohnern oder 1500 Haushalte in 10 bis 15 Jahren zu gewinnen, liegt unter dem derzeitigen Wachstum der Stadt Winterthur und ist nur unwesentlich höher als das Wachstum des vergangenen Jahres 2010 mit einer Zunahme von 190 Personen. Auch das Wohnungswachstum mit 145 Wohnungen ist erfreulich, hochgerechnet auf 10 Jahre kommt dies nahe an das angestrebte Wachstum von 1500 Haushalten. Zurzeit sind 300 Wohnungen baubewilligt und werden in nächster Zeit umgesetzt.

Mit dem vorgeschlagenen Weg leben wir den Vorgaben der Siedlungsentwicklung nach innen nach und leisten unseren Beitrag gegen die Zersiedelung der Landschaft. Den Grundsatz der Nachhaltigkeit der Projekte erfüllen wir, weil diese den Bedingungen der 2000 Watt- Gesellschaft genügen müssen, und wir mit dem Agglomerationsprogramm und deren Massnahmen die notwendigen Verkehrsinfrastrukturen sichern. Die breite Palette der Massnahmen können Sie Kapitel 5.3 der Vorlage entnehmen, wo die zehn Grundstrategien erläutert werden und aufgezeigt wird, dass die Stadt nicht nur einen einseitigen Weg angeht, sondern die oben genannten Zeile umsetzen will. Das Vorgehen mit Planungs- und Entwicklungspakten erleichtert die Übersicht und soll auch den Aufwand an Volksabstimmungen in Grenzen halten. Zudem erwarten wir, dass dadurch die Transparenz des Vorgehens erhöht wird. Der Stadtrat wird diese Pakete mit Unterstützung der neu zu gründenden Steuerungsgruppe zu in sich logischen Paketen schnüren.

Wir erwarten von Ihnen und von den politischen Parteien, dass diese Pakete auch die Akzeptanz im Parlament und schlussendlich in der Volkabstimmung finden, und es nicht bei jedem Paket zu politischen Grabenkämpfen kommt oder einzelne Teile herausgebrochen werden, denn damit wäre die Gesamtwirkung des Programmes in Frage gestellt. Ich danke dem SPK-Präsidenten, dass er die gleichen mahnenden Worte an Sie gerichtet hat. Mit den Planungspaketen werden die Anpassungen am Zonenplan, welche für die Entwicklungspakete 1 - 4 notwendig werden, angegangen, aber auch die Reduktion der zum Teil zu grossen ZöBAG-Flächen in Wohnzonen umgesetzt. Ebenso kann der Auftrag aus der Zonenplanrevision des GrSR vom 10. Mai 2005 für die Einzonung von 1.2 ha Landwirtschaftsland in Wohnzonen endlich umgesetzt werden. Dazu gehören auch Anpassungen an die Bauordnung, welche die Besitzstandgarantie bei Ersatzneubauten, die Überprüfung der Ausnützungsziffer und die Umsetzung der Kantonalen Baugesetzrevision beinhaltet sowie die von Rainer Schmidig geforderte Überprüfung des Baurechtsreglements.

Die Entwicklungspakete mit der Abgabe der Grundstücke im Baurecht oder im Verkauf sowie die notwendigen Ersatzinvestitionen, wie die Schaffung von Fussballplätzen, Ersatzschaffung der Familiengärten, Aufwertungsmassnahmen in den Quartieren, dem neuen Werkhof, der Veranstaltungshalle und die Schaffung des Fonds zur Sicherstellung der gelösten Gelder für die Investitionen (analog der Motion Schönbühl aus dem Jahr 2004) haben am meisten zu diskutieren gegeben. Mit dem vorliegenden Gesamtkonzept ist der Grundsatz aufgenommen worden, Erträge, die aus den beabsichtigten Um- und Neunutzungen anfallen, beispielsweise durch Landver-

käufe, zielgerichtet für die Wohnraumentwicklung verwenden zu können. Damit wird der zielgerichtete Einsatz dieser Gelder für die vorgesehenen Projekte garantiert und deren Umsetzung ohne Neuverschuldung ermöglicht. Wir hoffen, dass damit gewisse Ängste gegenüber Verkäufen abgefedert werden können. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt Schaffhausen wird es auch klar, dass das gesteckte Ziel ohne Landverkäufe nicht erreicht werden kann. Der Stadtrat beabsichtigt, Ihnen das erste Paket mit der Freigabe von Grundstücken und dem Fondsreglement anfangs April 2011 vorzulegen. Darin werden einzelne Gebiete wie Urwerf und Wagenareal, aber auch Herblingen aufgeführt.

Zum Gesamtpaket gehören auch Handlungsfelder wie die Unterstützung des Immo-Checks in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton, die Konzentration der Stadtverwaltung auf zwei Standorte, um Verwaltungsliegenschaften für Wohnraum freizugeben und das Agglomerationsprogramm, das ausserhalb dieser Vorlage weiterentwickelt und Ihnen vorgelegt wird. Diese Projekte stehen in engem Zusammenhang mit der Wohnraumentwicklung.

Heute gilt es, das Schiff Wohnraumentwicklung Schaffhausen zu Wasser zu lassen und auf die Reise zu schicken. Grosse Schiffe sind schwer zu steuern, und es ist absehbar, dass auf der langen Reise Stürme aufkommen, die es zu überwinden gilt. Darum muss heute der Kurs richtig gesetzt werden, und Stadtrat und Parlament müssen den Kompass richtig setzen, um ans Ziel zu kommen. Die Nagelprobe für das Programm wird bei der ersten Volksabstimmung auf uns zukommen, darum muss nach dem heutigen Beschluss die Bevölkerung stärker ins Boot geholt werden, um sie von der Notwendigkeit dieser Massnahmen zu überzeugen. Dafür brauchen wir neben dem Kredit für die politische Kommunikation auch Sie als Mitglieder dieses Parlaments und wichtige Meinungsträger.

Deshalb bitte ich die Parteien, möglichst bald Mitglieder für die Steuerungsgruppe zu benennen, damit wir die erste Steuerungsgruppensitzung schnell einberufen und das erste Umsetzungspaket anfangs Frühling an das Parlament überweisen können. "

Walter Hotz (FDP)

Votum

"Der Stadtrat will im Bereich der Wohnraumentwicklung Schaffhausen, dass die Zahl der Bevölkerung von heute 35'000 auf 38'000 bis ins Jahr 2025 gesteigert wird. Im gleichen Zeitraum sollte die Zahl der Haushalte um rund 1500 Einheiten zunehmen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel und muss auch unterstützt werden. Ob die ganze Übung ohne zusätzliche Verschuldung der Stadt realisiert werden kann, bezweifle ich, und von der Verminderung der Lebensqualität sehen wir einmal ab.

Was ich zu bedenken geben möchte, ist Folgendes: Aus dem Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22.12.2010 geht hervor, dass für Planungsarbeiten der verschiedenen Pakete, die unter anderem die Erarbeitung der Grundlagen für die Änderungen von Bauordnung und Zonenplan sowie die Abgabe von Baulandgrundstücken und die Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes beinhalten, ein Betrag von CHF 210'000.-- beantragt werden soll. Dies sehen wir auch im Antrag 2. Wenn ich richtig informiert worden bin, soll von diesen CHF 210'000.-- ein Betrag von CHF 60'000.-- für einen sogenannten Steuerungsausschuss verwendet werden.

Fakt ist:

1. Wenn Sie heute diesen CHF 210'000.-- zustimmen verschlechtert sich das Budget 2011 von CHF 4'385'300.-- auf CHF 4'595'300.--. Sie müssen nämlich

das Konto 62100.581.007 neu eröffnen, weil dieses Konto, beziehungsweise dieser Betrag nicht budgetiert worden ist. Somit müsste es korrekterweise auch heissen, dass es sich um einen Nachtragskredit handelt. Die einzelnen Ratsmitglieder muss ich ja nicht an ihre Voten zum Budget 2011 erinnern. Der Wille zum Sparen ist bereits wieder vergessen.

2. Dass ein Betrag für Planungsarbeiten gesprochen werden muss, ist mir klar. Dass aber für einen Steuerungsausschuss, beziehungsweise für ein Kommunikationskonzept CHF 60'000.-- gesprochen werden soll, verstehe ich überhaupt nicht. Mit so einem Steuerungsausschuss schaffen wir nur Probleme, wer ist beispielsweise verantwortlich für die Koordination oder wer ist verantwortlich für die Leitung? Für mich ist es Pflicht, dass der Stadtrat die Aufgabe der Kommunikation gegenüber dem Steuerzahler übernimmt. Wenn er es nicht kann, muss er es lernen. Die Überwachung der ganzen Geschichte kann der Fachausschuss Bau übernehmen, in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung, zwischenzeitlich arbeiten drei Personen in diesem Bereich.

Die Bevölkerung darf doch vom Stadtrat und Parlament erwarten, dass wir selbst in der Lage sind, über den Tag hinaus zu denken. Einmal mehr sage ich: Der Stadtrat ist gefordert, die Führung zu übernehmen. Das einzelne Stadtratsmitglied, wie das Kollegium als Ganzes, muss gestalten und nach aussen kommunizieren. Das muss die Bevölkerung spüren. Die Stadt Schaffhausen braucht klare Perspektiven als Standort für Finanzindustrie, Bildung, Gewerbe, Forschung, Maschinenindustrie und Handel und klare finanzierbare Konzepte für die Erhaltung der hohen Lebensqualität. Die Anstösse müssen vom Stadtrat ausgehen. Zeigen Sie Ihre Stärke und schieben Sie nicht die Verantwortung einem Steuerungsausschuss zu, der uns Zehntausende von Franken kostet.

Ich beantrage Ihnen hiermit den Betrag von CHF 210'000.-- um CHF 60'000.-- zu kürzen auf insgesamt CHF 150'000.--. Des Weiteren muss im Antrag 2 explizit darauf hingewiesen werden, dass es sich beim Konto 62100.581.007 um einen Nachtragskredit handelt. "

Daniel Preisig (JSVP)

Votum

"Ich mache Ihnen beliebt, den Antrag von Walter Hotz - er ist mir zuvorgekommen - auf Kürzung des Kredits in Antrag 2 um den Marketingteil CHF 60'000.-- auf CHF 150'000.-- zuzustimmen. Der Trend zu teuren und leider ebenso fragwürdigen Kommunikationsmassnahmen der Stadt ist mir schon lange ein Dorn im Auge. Aus Angst vor einer kontroversen politischen Auseinandersetzung werden Vorlagen in rosarotes Geschenkpapier mit "Mäscheli" verpackt. Geschenke sind gut an Weihnachten, in der Politik ist Transparenz gefragt. Das Volk hat Anrecht auf die ungeschminkte Wahrheit. Der Stadtrat und das Parlament sollten die Energie und vor allem auch die Steuergelder voll und ganz in die Verbesserung der Vorlage investieren und nicht in die Verpackung. Die Vorlage sollte auch ohne Verpackung glänzen. Ausserdem habe ich den Eindruck, dass auf der städtischen Verwaltung bereits mehr als genug eigene Spezialisten für Öffentlichkeitsarbeit vorhanden sind.

Mit dem Antrag ermöglichen wir eine uneingeschränkte Planung, verzichten aber auf unnötige Marketingaktionen. "

Kurt Zubler (SP)**Votum**

"In die fast einhellige harmonische Aufbruchstimmung - zumindest der Fraktions-sprecher - muss ich leider einen Wermutstropfen hinzufügen, er ist anderer Art wie derjenige meiner Vorredner. Ich bin und bleibe ein Wachstums-skeptiker und wiederhole einige Argumente, die ich bereits damals im Rahmen der Vorlage zum neuen Zonenplan vorgebracht hatte.

Wie wir wissen - und dies hat der Vorlage Pate gestanden - löst Wachstum viele Probleme, bringt zusätzlichen Steuerertrag, generiert Investitionen und löst Konsum aus und damit auch Arbeitsplätze bei Handel und Gewerbe. Aber Wachstum verschiebt die Probleme auf einen späteren Zeitpunkt. Es stellt sich die Frage, wann wir gross genug sind und wie wir ohne weiteres Wachstum haushalten können. Wachstum schafft Probleme, Landverschleiss/Zersiedlung sowie Infrastrukturausbau und -unterhalt. Dies alles werden nachfolgende Generationen übernehmen müssen. In der Vorlage gibt es zwei Zauberworte, die diese Problematik abfedern, das eine lautet nachhaltig, das andere moderat. Was aber bedeuten diese Begriffe eigentlich? Sind es 1'500, sind es 3'000 oder gar 5'000 Personen? Meines Erachtens könnte Nachhaltigkeit auch heissen, dass der Neuzuzug den Sterbeüberschuss über die Jahre gesehen kompensiert, und so entsteht anstatt eines Wachstums ein Gleichgewicht, vergleichbar mit einem Wald, der in seiner besten Bestockung steht. Moderates Wachstum könnte heissen, dass wir für einige Jahre einen Zuwachs anstreben, der den tatsächlich zu erwartenden Pensionierungsschub und den späteren Verlust der geburtenstarken Jahrgänge abfedert. Aber wer sagt, wo das Ende ist?

Bäume wachsen nicht in den Himmel, davon bin ich überzeugt. Wir sind es unseren Nachkommen schuldig, uns bald einmal mit den Grenzen des Wachstums auseinanderzusetzen. "

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme**

"Anbei folgende Richtigstellungen: Walter Hotz hat behauptet, eine Ausgabe von CHF 60'000.-- sei für einen Steuerungsausschuss vorgesehen. Dieser Betrag bezieht sich auf den Kommunikationsanteil. Die Steuerungsgruppe arbeitet selbstverständlich ohne zusätzliches Entgelt. Die Mitglieder der politischen Parteien aus dem Parlament sollten jedoch das für Ratssitzungen übliche Sitzungsgeld für ihre Arbeit in der Steuerungsgruppe erhalten, was sicherlich einen Betrag von CHF 2'000.-- im Jahr nicht übersteigt. Es ist demnach falsch, zu behaupten, dass CHF 60'000.-- für die Steuerungsgruppe ausgegeben werden. Die Steuerungsgruppe ist wichtig, um den Kontakt zwischen Fraktionen und Verwaltung während der Umsetzungsphase des ziemlich komplexen Projekts aufrechtzuerhalten. Sie haben heute Abend bereits spüren können, wie fragil die Meinungsbildung zu einzelnen Punkten des Programms ist. Es ist sinnvoll, wenn Stadtrat, Verwaltung und Parteien in die Umsetzung eingebunden sind.

Die Steuerungsgruppe wird die Richtung der Kommunikationsarbeit angeben. Es geht keineswegs darum, rosarotes Geschenkpapier zu verteilen oder sinnlos Inserate zu schalten, sondern darum, politische Aufklärungsarbeit in einem Bereich zu leisten, in dem die Verwaltung nicht wirklich kompetent ist. Daniel Preisig hat zwar behauptet, wir hätten viele Kommunikationsspezialisten in der Stadt - leider stellen wir genau das Gegenteil fest. Vielleicht können Sie mir diese bei Gelegenheit nennen. Das fehlende Know how im Bereich Kommunikation muss von externen Spezialisten eingeholt werden, und dies wurde auch in der Spezialkommission unterstützt. Es handelt sich primär um Planungsarbeit und um die dringend notwendige politische

Aufklärungsarbeit. Der Betrag von CHF 210'000.--, der jetzt im Antrag 2 aufgeführt ist, wurde anlässlich der Budgetdebatte in der GPK gestrichen, mit dem Auftrag, dies über die Spezialkommission in die Vorlage einzubringen, weil erst bei der Verabschiedung der Vorlage über den Einsatz von finanziellen Mitteln entschieden werden soll. Diesem Auftrag der GPK hat die SPK nachgelebt, deshalb erscheint der Betrag in Antrag 2 der Vorlage. Selbstverständlich erfolgt die Aufnahme auf die Liste der Nachtragskredite. Der Betrag von CHF 210'000.-- in Antrag 2 untersteht dem fakultativen Referendum, dies ist ein Fehler und muss noch in die Anträge aufgenommen werden. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

”Auf Seite 52 der gut durchdachten Vorlage sind die permanente Steuerungsgruppe und die Kommunikationsmassnahmen aufgeführt. Ich glaube, der SR könnte relativ gut ohne permanente oder partielle Steuerungsgruppe leben. Aufgepimpt wurde diese Gruppe von der SPK und vom Antrag des Kollegen aus der SVP. Sie müssen unterscheiden lernen zwischen Grosse und "kleinem" Stadtrat. Wir sind für die Steuerungsgruppe verantwortlich, nicht der Stadtrat, der immer pauschal Schelte bekommt, Angst habe und sich verstecke. Wie gesagt, der SR wäre nicht unglücklich ohne Steuerungsgruppe. Davon können Sie ausgehen. Das Parlament bestimmt heute Abend, und zwar die mathematische Mehrheit, davon kann auch Walter Hotz ausgehen.

Zu Kommunikationsmassnahmen: Das ist politische Aufklärungsarbeit. Erinnern Sie sich an den Freien Platz, der “in die Hosen” ging. Damit die Rheinufergestaltung, vielleicht sogar mit der schönen Sauna zum Schwitzen, in die sehr viel Bürgerpartizipation investiert wurde, nicht auch wegen fehlender Kommunikation scheitert, ist diese unabdingbar. Das ist der kleinste Teil des ganzen Projekts, seien Sie also nicht “schmürzelig”. Outsourcing ist ja Ihr Schlagwort, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn Sie zur heutigen Vorlage stehen, kann nicht jede Folgevorlage zerpfückt werden. Es muss in Kommunikationsarbeit investiert werden, um das Konzept entsprechend verkaufen und die nötigen politischen Mehrheiten bilden zu können. Wir feiern dieses Jahr 10 Jahre nach der grossen Rheinuferparty, und ich hoffe, dass dieses Tempo nicht wegweisend für die Planung und Gestaltung dieser Vorlage wird. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

”Manchmal scheint es wirklich so, dass ich morgen nicht mehr weiss, was ich heute gesagt habe. Deshalb wird vermutlich in diesem Rat ein Wortprotokoll geführt. Ich habe öffentlich gesagt, dass ich das Budget katastrophal finde - das wurde sogar abgedruckt. Aber ich verstehe nicht, was wir in der SPK falsch gemacht haben. Der Sparwille liegt mir sicherlich auch am Herzen, aber wir haben ganz klar festgelegt, dass der Betrag ins Budget aufgenommen wird, was jetzt stattfindet, aber damals konnte dieser anlässlich der Budgetdebatte wegen der verlangten separaten Vorlage nicht auf dem direkten Budgetweg genehmigt werden. Wir haben klar von einem möglichen Outsourcing betreffend Kommunikation gesprochen, die Steuerungsgruppe war ebenfalls ein klarer Wunsch der SPK. Wir haben diese auch angepasst, sie war sehr stadtrats- und verwaltungslastig, das Parlament wurde ebenfalls mit einbezogen. Somit kann niemandem ein Vorwurf gemacht werden. Den einzigen Vorwurf, den ich gelten lasse, ist die Tatsache, dass nicht beachtet wurde, dass der in Antrag 2 genannte Betrag dem fakultativen Referendum untersteht. Das werden wir entsprechend anpassen. “

DETAILBERATUNG

Der **2. Vizepräsident, Daniel Schlatter (SP)**, verliest kapitelweise die VdSR vom 6. Juli 2010, den Nachtrag I vom 9. November 2010 sowie den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010 mit den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 6. Juli 2010 betreffend Wohnraumentwicklung sowie vom Nachtrag I vom 9. November 2010 betreffend RSE Projekt Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei und vom Bericht der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Planungs- und Kommunikationskredit von CHF 210'000.--. Der Betrag wird dem Konto 62100.581.007 Wohnraumentwicklung Schaffhausen belastet und untersteht gemäss Stadtverfassung Art. 11 Abs. 1 lit d dem fakultativen Referendum.

Antrag Walter Hotz (FDP) und Daniel Preisig (JSVP): Kürzung um CHF 60'000.-- auf CHF 150'000.--

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag auf Kürzung um CHF 60'000.-- mit 26: 4 Stimmen ab.

3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die erforderlichen Vorlagen für die Umsetzung der in der Orientierungsvorlage sowie im Nachtrag I enthaltenen Massnahmenpakete auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die VdSR vom 6. Juli 2010, den Nachtrag I vom 9. November 2010 sowie den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 22. Dezember 2010 mit der Ergänzung, dass Antrag 2 dem fakultativen Referendum untersteht, mit 30 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Edgar Zehnder (SVP) übernimmt die Sitzungsleitung und dankt dem 1. und 2. Vizepräsidenten für den geleisteten Einsatz.

Traktandum 2 Interpellation Simon Stocker (AL): Stadtentwicklung im Güterbahnhof

Simon Stocker (AL)

Begründung

„Nicht nur Doris Leuthard, sondern auch ich mache mir Gedanken zur Raumplanung. Die Nachfrage nach Siedlungsflächen nimmt in der Schweiz stark zu. Pro Sekunde wächst die Siedlungsfläche um knapp einen Quadratmeter. Ein Grossteil der neu entstehenden Siedlungen wird auf der grünen Wiese realisiert, auf Kosten des verfügbaren wertvollen Kulturlandes. Gleichzeitig gibt es in der Schweiz ungenutzte Industrieareale in der Fläche der Stadt Genf mit Umland. 18 Millionen Quadratmeter brachliegende Fläche liegen zur Hälfte in Grosszentren und in deren Peripherie. 2.2 Millionen Quadratmeter oder 12% der Brachen sind so genannte Bahnbrachen. Eine

effiziente Umnutzung dieser Fläche könnte Wohnraum für 190'000 Menschen oder Arbeitsplätze für 140'000 Beschäftigte bieten. Inwiefern der Güterbahnhof zum heutigen Zeitpunkt als Brache bezeichnet werden kann, kann ich nicht beurteilen. Gerne möchte ich aber vom Stadtrat Angaben zur heutigen Nutzung erhalten.

Das Projekt Mühlental und die Umnutzung der dortigen ehemaligen Stahlgiesserei zeigt auf, welche Möglichkeiten eine solche Umnutzung bietet. Eine Entwicklung im Güterbahnhof könnte in eine ähnliche Richtung gehen. Angestrebt werden müsste eine gemischte Nutzung von Dienstleistung, Gewerbe und Wohnraum. Dies könnte zu einer grossen Wertschöpfung auf dem Güterbahnhofsareal führen. Ich hoffe, auch darüber vom Stadtrat Informationen zu erhalten.

Der Projektinitiierungsphase und der Kommunikation gilt es ein besonderes Augenmerk zu schenken. In solch riesigen Veränderungsprozessen lohnt es sich, mit einem gross angelegten Beteiligungsverfahren die Bevölkerung frühzeitig in eine Umnutzung mit einzubinden. Einerseits kann nur so gewährleistet werden, dass ein Projekt auf Akzeptanz stösst, was sich spätestens beim Urnengang zeigt, und andererseits ermöglicht der Einbezug der Bevölkerung neue Möglichkeiten und Ideen für die Umnutzung. Es ist falsch, solche Vorlagen im stillen Kämmerlein auszuarbeiten und die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Gut führen heisst für mich, Betroffene zu beteiligen. So viel zum Thema politische Führung.

Ich bin deshalb gespannt, welche Antworten mir der Stadtrat auf die in der Interpellation gestellten Fragen gibt. Es würde mich freuen, wenn aus den Fraktionen Meinungen zu diesem städtebaulich wichtigen Gebiet kommen. "

SR Peter Käppler

Stellungnahme Stadtrat

"Mit Datum vom 2. November 2010 hat Grossstadtrat Simon Stocker zusammen mit 11 Mitunterzeichnenden eine Interpellation zur Stadtentwicklung im Areal des Güterbahnhofs eingereicht. Der Stadtrat nimmt dazu wie folgt Stellung:

Vorbemerkungen:

Mit dem Anliegen einer städtebaulichen Entwicklung im Areal des Güterbahnhofs trifft der Interpellant auf offene Türen. Auch aus Sicht des Stadtrates bergen nicht mehr genutzte Bahnflächen grundsätzlich ein grosses städtebauliches Potenzial. Die Einschätzung des Interpellanten wird deshalb vom Stadtrat geteilt und die Stossrichtung seines Anliegens unterstützt. Das Baureferat hat zusammen mit dem Kanton mit der Landeigentümerin SBB Kontakt aufgenommen. Gemeinsam ist man übereingekommen, zunächst eine Potenzialstudie über das Areal durchzuführen. Die Potenzialstudie soll aufzeigen, welche Entwicklungspotenziale für Umnutzungen, respektive Neunutzungen auf dem Areal bestehen und welche Entwicklungen städtebaulich zweckmässig und wirtschaftlich tragbar sein könnten. Der Betrachtungsperimeter umfasst dabei zunächst die Areale Güterbahnhof, Freiverlad und Rangierbahnhof. In einem zweiten Schritt soll die Bearbeitung auf das Areal Güterbahnhof fokussiert werden. Die Potenzialstudie befindet sich derzeit in Erarbeitung. Die Ergebnisse sollen im Laufe des Frühlings 2011 nach Absprache mit den Grundeigentümerinnen SBB AG und DB AG der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Zu den gestellten Fragen nimmt der Stadtrat im Einzelnen wie folgt Stellung:

1. Welche Perimeter umfasst das Gebiet Güterbahnhof und wie sind die dortigen Eigentumsverhältnisse?

Das Gebiet Güterbahnhof umfasst grob gesagt das Areal zwischen der Zufahrt ab dem Knoten Fulacherbürgli und der Schönenbergbrücke. Es umfasst folgende Objekte:

Verwaltungsgebäude (Baujahr 1972), genannt Staumauer

- Lokremise
- Güter-und Speditionshallen
- Zwischen der Schönenbergbrücke und der Fulachbrücke befindet sich das Areal des Freiverladeplatzes. Weiter gegen Norden schliesst das Areal des Rangierbahnhofs an.

Das gesamte Areal befindet sich wie die übrigen Flächen im Bahnhof Schaffhausen im Miteigentum von SBB AG (65%) und DB AG (Bundeseisenbahnvermögen) (35%).

2. Welche Nutzungen sind im Güterbahnhof momentan angesiedelt und was sieht die Zonenplanung in diesem Gebiet vor?

Im Güterbahnhof haben sich in den letzten Jahren neben den Güterverkehrsbetrieben von SBB und DB diverse weitere Logistikbetriebe angesiedelt. Auch weitere Gewerbenutzungen (zum Beispiel Lager, Brockenhaus) haben sich angesiedelt. Die Dienstleistungsflächen im Verwaltungsgebäude sind an diverse Firmen vermietet. Ein Mieter ist die Verkehrsabteilung der Schaffhauser Polizei. Zudem wurde auf dem Areal Ende 2007 bekanntlich ein Zentrum für die Kontrolle des Schwerverkehrs auf der A4 eingerichtet. Das Schwerverkehrskontrollzentrum wird von der Schaffhauser Polizei im Auftrag des Bundes betrieben. Im Zonenplan ist das Areal der Zone "Verkehrs- und übrige Flächen" zugeordnet. Grundsätzlich umfasst diese Zone die Flächen für Bahnen, Strassen und Plätze mit ihren Nebenflächen und den erforderlichen Hoch- und Tiefbauten (Art. 55 Bauordnung). Bahnbetriebsfremde Nutzungen auf dem Areal wurden bisher geduldet, da diese Nutzungen keine baulichen Änderungen erforderlich machten. Weitergehende Umnutzungen oder Neunutzungen bedingen jedoch die Zuweisung zu einer entsprechenden Bauzone.

3. Welche Nutzungen und welches Entwicklungspotenzial sieht der Stadtrat auf dem Areal Güterbahnhof und bestehen entsprechende Pläne?

Diese Frage soll im Rahmen der eingangs geschilderten Potenzialstudie beantwortet werden. Da die Ergebnisse der Studie noch nicht vorliegen, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt hierzu noch nichts Genaueres sagen.

4. Welche vergleichsweisen Projekte bestehen zur Umnutzung von Bahnflächen, welche auch für Schaffhauser Verhältnisse möglich wären?

In verschiedenen Städten der Schweiz wurden in den letzten Jahren Bahnareale umgenutzt, so in Chur, in Luzern und in Zürich, um nur einige zu nennen. Die Erfahrungen aus solchen Projekten können indes nicht eins zu eins auf Schaffhausen übertragen werden. Entscheidend ist die konkrete Situation vor Ort. Die SBB-Immobilienabteilung bringt ihre Erfahrungen aus Umnutzungsprojekten in die Potenzialstudie ein.

5. Was wären die städtebaulichen sowie finanziellen Auswirkungen einer Umnutzung im Güterbahnhof?

Diese Frage kann zum heutigen Zeitpunkt ebenfalls noch nicht beantwortet werden.

Nach Vorliegen der Potenzialstudie können voraussichtlich erste Aussagen gemacht werden.

6. Ist der Stadtrat bereit, einen Prozess zur Umnutzung des Güterbahnhofs anzustossen? Und wie gedenkt er die Bevölkerung mit einzubeziehen?

Da die Stadt nicht Eigentümerin des Areals ist, kann sie nicht als Planungsträgerin auftreten; dies ist Aufgabe der Eigentümerinnen SBB und DB. Sollte sich aus der Potenzialstudie indes Handlungsbedarf in planerischer Hinsicht ergeben, werden die Planungsprozesse entsprechend den Vorgaben der Raumplanungsgesetzgebung, die eine öffentliche Mitwirkung zwingend vorsieht, ausgestaltet. Die konkrete Form der Mitwirkung kann zum heutigen Zeitpunkt verständlicherweise noch nicht festgelegt werden. Der Stadtrat wird die weiteren Schritte aber in enger Zusammenarbeit mit den Grundeigentümerinnen und dem Kanton angehen. Er ist überzeugt, dass dem Areal längerfristig ein Entwicklungspotential zukommt. Wenn die Studie vorliegt, lassen wir dem GrSR und der Bevölkerung detaillierte Informationen zukommen. “

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Hochschulinitiative, IT-Technologiezentrum und jetzt die Stadtentwicklung im Güterbahnhof - einmal mehr kommt die AL mit einem konstruktiven Projekt für die Zukunft daher, das auf bestehende Strukturen aufbaut und diese sinnvoll weiterentwickeln will. Super, hier ist die Generation, die Ideen hat und die Dinge bewegt. Ich hoffe sehr, von Simon Stocker nicht eines Tages ein Email aus Amerika zu erhalten: Habe mich sterblich verliebt, komme nicht mehr zurück.

Vorläufig ist er noch da und will über den Güterbahnhof diskutieren. Wohl jede oder jeder von uns, der an diesem hässlichen roten Koloss über den Gleisen vorbeikam, hat schon Ähnliches gedacht. Seit er nämlich seine eigene Funktion verloren hat, dient er lediglich als eine Art Depot, wo man Flohmärkte, Lastwagenkontrollen und andere Unannehmlichkeiten abstellen kann. Also, weg damit, das Kontrollzentrum würden einige ohnehin seit eh und je gerne wo anders hinschieben. Achtung, bevor die Mauer fällt, lohnt es sich, noch einmal kurz zu reflektieren. Schon manches, was zu seiner Zeit ausgeschlossen schien, ist heute plötzlich Tatsache.

- Gleis 6, nicht die gleichnamige Beiz vor dem Bahnhof, sondern die Schienen beim hintersten Perron, Geleise 6, werden verlängert, was früher eher kaum als nötig erachtet wurde oder dann nur im äussersten Fall.
- Die Zeiten können sich ändern. Es könnte nämlich schon in naher Zukunft - wenn Erdöl stets spärlicher zur Verfügung steht - der Preisdruck Europa zur Vernunft bekehren. Die EU-Länder würden ihre Frachten nicht mehr mit 40-, 60- oder noch grösseren Tönnern nach Süden verschicken, sondern den weit billigeren und effizienteren Weg auf der Schiene neu entdecken. Im Tessin ist eine findige Gruppe von Ingenieuren und Logistikern soeben daran, ein neues leicht bewegliches Container-Modell per Bahn zu lancieren. Coop ist bereits aufgesprungen und hat eine erste Testserie der Transportmittel bestellt. Andere haben ebenfalls Morgenluft gewittert, die Zukunft ist grün. Übrigens wurde heute aus Basel auch vom Ausbau des Rheinhafens berichtet. Ich weiss nicht, ob der Rheinhafen ebenfalls eine Brache ist, wo sich niemand eine Entwicklung vorstellen konnte.
- Auch die internationale Öffnung nach Osten kommt auf uns zu. Neue EU-Länder verschicken ihre Ware nach ganz Europa. Wenn wir nicht unter die Räder geraten wollen, müssen wir das Ganze rechtzeitig auf die Schiene bringen.

- Zudem - ich sage es ungern und bitte Sie, es raschest möglich wieder zu vergessen - die Erweiterung der Kapazität im Engpass der A4 ist einstweilen, aber nicht für alle Zeiten, verabschiedet. Vielleicht will sich auch der Bund den Weg Richtung Osten offen halten, wo er neu für die zur Nationalstrasse aufgewertete J15 zuständig ist.
- Letztlich ist zu überlegen, was wir mit all den kleinen Überlebenden tun, die im roten Klotz noch günstig Unterschlupf gefunden haben. SR Peter Käppler hat einige davon erwähnt, wie die Polizei und verschiedene Logistiker. Ich denke aber auch an die gemeinnützige Vereinigung VETS, ein Erwerbslosenverein, der seine Schreibstube unterhält und allenfalls noch andere solche Angebote, die dort Unterschlupf fanden.

Spricht das gegen eine Veränderung, gegen einen Anlauf, wie ihn Simon Stocker vorschlägt? Bestimmt nicht, aber Vorsicht, die Zukunft ist nicht nur schöner, ästhetischer, urbaner und Generationen überschreitend, sie ist auch grüner. Zwangsläufig, weil viel Unsinn bei schwindenden Ressourcen nicht mehr möglich ist. Darum lohnt es sich bestimmt, vorsichtig die Ausgangslage und die Zukunft zu überdenken, bevor wir einen partizipativen Prozess einsetzen und viele Menschen mit grossem Engagement letztlich enttäuschen müssen.

Ich hoffe, der Interpellant ist nicht enttäuscht und bleibt am Ball. die OeBS/CVP/EVP-Fraktion freut sich bereits auf den nächsten Vorstoss der AL, zum Beispiel "Internationales Friedenszentrum auf dem Zeughausareal" oder ähnlich. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Städteplanerisch ein interessanter Ansatz. Wir haben in nächster Nähe, in der süddeutschen Nachbarschaft, ein sehr gutes Beispiel, wie ein brachliegendes Bahnareal, das zudem sehr stark mit Schadstoffen und sogar mit Trümmern aus dem 2. Weltkrieg belastet war, in eine sehr schöne Parkanlage umgewandelt wurde und in Zukunft dazu genutzt werden kann, hochwertiges urbanes Wohnen im Grünen zu ermöglichen - eigentlich all das, was wir uns in Schaffhausen auch wünschen. Dieses Beispiel liegt in Villingen/Schwenningen, Sie können problemlos einen Sonntagsausflug dorthin unternehmen. Die Baden-württembergische Landesgartenschau, die letztes Jahr dort stattfand, hat das ermöglicht. Ich hatte zweimal Gelegenheit, das Gelände mit Landrat Heim zu besichtigen und kann Ihnen sagen, dass es sich keinesfalls um absurde Projekte, sondern um tatsächlich realisierbare Modelle handelt. Allerdings muss man sich auch bewusst sein, dass dies mit erheblichen Kosten im Umfang von mindestens CHF 20 bis 40 Millionen verbunden ist und grosse Anforderungen an Planungsinstanzen und Finanzierungsverantwortliche stellt. Offensichtlich besteht in Schaffhausen ein Potenzial an Entwicklungsgebiet, und zwar nicht nur im Bereich des hochwertigen Wohnens, sondern auch der Industrieländerschliessung. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, im hinteren Bereich der nicht genutzten Anlagen ein neues Areal für industrielle Ansiedlungen zu schaffen. Die Wirtschaftsförderung ist auch sehr einverstanden, wenn entsprechende Bestrebungen weitergeführt werden.

Abschliessend halte ich Folgendes fest: Ansatz interessant, Idee gut, Umsetzung wahrscheinlich sehr teuer. "

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

"Auch die SVP hat zu diesem Thema eine Meinung. Leider sind wir wie SR Peter

Käppler zur Überzeugung gekommen, auf diesem fremden Areal - im Eigentum von SBB und DB - nicht planen zu können. Unser gutes Schaffhauser Unternehmen, die Brauerei Falken, möchte schon lange einen Erweiterungsbau auf diesem Areal errichten und beisst sich bereits seit Jahrzehnten an SBB und DB die Zähne aus, weil diese nicht gewillt sind, das Areal zu verkaufen. Wir hoffen, dass die Potenzialstudie für SBB und DB derart lukrativ wird, dass sie einer Umnutzung endlich zustimmen. Wie von SR Peter Käppler gehört, müssen wir diese Studie abwarten. Alle in diesem Saal heute Abend geäußerten Wunschträume bleiben unerfüllt, wenn der Landeigentümer nicht mitmachen will. “

Ernst Spengler (SVP)**Votum**

”Es ist interessant zuzuhören, wie Pläne zur zukünftigen Umnutzung des Güterbahnhofs geschmiedet werden. Es werden Investitionssummen in zweistelliger Millionenhöhe genannt. Iren Eichenberger sagt voraus, dass bis in einigen Jahren der Güterverkehr wieder auf der Schiene rollt - dann nutzt man halt den Güterbahnhof wieder um und baut wieder Geleise. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

”Selbstverständlich ist Stadtentwicklung nicht so einfach und vergleichbar mit Monopoly. Wenn ein Areal umgenutzt wird, kann es nach 30-40 Jahren nicht rückgenutzt werden. Es ist aber sicherlich so, dass es in der Stadt verschiedene Gebiete gibt, die einer neuen Nutzung zugeführt werden können, bisher waren es vor allem die Bereiche Ebnat und Mühlenental. Es ist wichtig, dass wir auch den gleichen Denkansatz mit den relativ grossen Arealen haben, welche die SBB damals “bekam”, als das Herblingertal entstand. Wie kann man ein Areal, das der Eigentümer nicht mehr im damals geplanten Sinne nutzt, einer anderen Verwendung zugeführt werden? Ich verstehe allerdings auch den von Iren Eichenberger erwähnten Einwand, dass vielleicht in Zukunft der Güterverkehr zunehmen wird und Schaffhausen plötzlich wieder zum Nadelöhr werden könnte. Es ist natürlich nicht geplant, die Schienen abzumontieren und komplett zu überbauen. Es ist klar, dass die Bedürfnisse der Bahn Priorität haben, einerseits der SBB Bern und andererseits des Bundeseisenbahnvermögens in Berlin, von wo der Weg nach Schaffhausen sehr lang ist. Das Geschäft riecht für die beiden Besitzerinnen nicht nach einem Haufen Geld; deshalb ist es so schwierig, den Prozess überhaupt in Gang zu setzen. Diese Potenzialstudie ist ein grosser Erfolg, wir müssen das Resultat abwarten und uns gedulden, bis das weitere Vorgehen abgesegnet wird. Es ist wichtig, dass genügend Kapazität garantiert wird. Es gibt das Gebiet des Güterbahnhofs, dessen Geleise hauptsächlich für das Abstellen von Personenzügen genutzt wird. Der klassische Wagenladungsverkehr und die grossen Verzollungen sind praktisch verschwunden, es existieren nur noch wenige Bewegungen. Diese Entwicklung wird nicht mehr rückgängig gemacht, deshalb kann hier auch über zukünftige Neunutzungen nachgedacht werden.

Der Rangierbahnhof ist das zweite Gebiet, das sich nach der Fulachbrücke bis zum Herblingertunnel erstreckt, wo auch die Brauerei Falken liegt. Auch hier gäbe es die Möglichkeit, neue Flächen für Industrie- und Gewerbe zu gewinnen. Hier ist allerdings von Seiten der Bahn überhaupt kein Entgegenkommen zu spüren, sie wollen diese Fläche als strategische Flächen einerseits für den Güterverkehr und andererseits als Abstellfläche von Personenzügen im Zusammenhang mit dem Halbstundentakt. Trotzdem werden wir in diesem Thema auch weiterhin am Ball bleiben. “

Simon Stocker (AL)**Schlusswort**

"Ich danke SR Peter Käppler und allen Votantinnen und Votanten für die wohlwollende Entgegennahme. Nichts ist so mächtig, wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist - die Zeit ist hier und heute noch nicht gekommen, aber ich bin der festen Überzeugung, dass meine Kinder einmal im Güterbahnhof den urbanen Lebensstil geniessen werden. Zu Iren Eichenberger: Ich bin in Schaffhauser Händen, und in guten."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3**Postulat Katrin Huber Ott (SP): Autofreie Altstadt****Katrin Huber Ott (SP)****Begründung**

"Eines vorne weg: Ich habe nichts gegen Autos, und es liegt mir fern, die Geschäfte in der Altstadt zu schikanieren. Es geht mir in diesem Vorstoss nicht um ein generelles und unrealistisches Fahrverbot für motorisierte Fahrzeuge in der Altstadt. Es geht auch nicht darum, ob Velofahrer in der Altstadt gefährlicher sind als Autos. Es geht mir darum, dass alle, Geschäftsführer wie auch Besucherinnen und Besucher unserer schönen Altstadt nebeneinander leben können und die Bedürfnisse der anderen wahrnehmen und auch respektieren. Ich zähle mich zu den regelmässigen Kundinnen der Altstadtgeschäfte und des Wochenmarktes, sitze gerne in einem der Cafés und halte mich grundsätzlich gerne in der Fussgängerzone auf. Oft fühle ich mich aber durch den motorisierten Verkehr belästigt, und ich weiss aus unzähligen Gesprächen, dass ich mit meinem Anliegen nicht alleine dastehe.

Dabei störe ich mich an zwei Punkten: Einerseits an der Menge der Fahrzeuge, die während der offiziellen Anlieferungszeiten zwischen 19 Uhr und 11 Uhr durch die Fussgängerzone fahren, sowie andererseits an der offensichtlich grossen Anzahl an Ausnahmegewilligungen, welche ausserhalb dieser offiziellen Zeiten ausgesprochen werden und dazu führen, dass praktisch rund um die Uhr Fahrzeuge aller Art und Grössen durch die grundsätzlich autofreie Altstadt fahren. Ich weiss, dass sich neben Privatpersonen wie mir auch Stadtführerinnen und Lehrpersonen aus aller Welt am Lärm und an den Abgasen stören, oder, welche mit den Touristen, respektive den Schülern die Erkerstadt besuchen und eigentlich die sehenswerten Altstadthäuser besichtigen wollen, nicht die Fahrzeuge, welche die Sicht darauf versperren. Sie sehen, es geht letztlich um einen Interessenskonflikt der unterschiedlichen Stadtbenutzer und um ein Stück Lebensqualität.

Zu meinem ersten Anliegen, dem Zeitfenster für den offiziellen Güterumschlag: Die Zeiten kann ich akzeptieren, die sind in vielen Schweizer Städten ebenfalls üblich. Mühe bereitet mir die Menge der Fahrzeuge, die sich den Weg durch die Fussgänger bahnen. Denn nach meinem subjektiven Empfinden werden es immer mehr, und die wenigsten fahren im vorgeschriebenen Schritttempo. Jedes Geschäft in der Altstadt muss mit Waren beliefert werden, das ist verständlich. Einige, wie die grossen Warenhäuser, verfügen über eine Anlieferungsstelle hinter dem Haus, welche die Altstadt nicht tangiert und somit auch kein Problem darstellt. Die Mehrzahl der kleinen Betriebe hat keinen Hinterausgang und muss daher von der Vorstadt über den Fronwagplatz, die Vordergasse hinunter bis zur Bachstrasse beliefert werden. Und genau diese Route fahren tagtäglich zig Lastwagen und Kleintransporter.

Ist es zwingend nötig, dass jedes Geschäft einen eigenen Lieferservice hat?
Gibt es da nicht die Möglichkeit einer vermehrten Zusammenarbeit verschiedener

Geschäfte, so wie es zum Beispiel die beiden Buchläden an der Vorgasse auch bereits praktizieren?

Meines Erachtens müsste auch während den offiziellen Anlieferungszeiten im Interesse aller, der Grundsatz, so viel Verkehr wie nötig und so wenig wie möglich, gelten. Noch sinnvoller, was die Verkehrsbelastung in der Stadt anbelangt, wäre eben die Option eines externen Warenlagers, von welchem aus täglich ein Lastwagen die Altstadtgeschäfte beliefern könnte. Dann würde eine Anlieferung bis zu den Ladenöffnungszeiten um 9 Uhr locker genügen. Bis anhin höre ich immer, dass diese Variante zu teuer sei, ich habe aber keine konkreten Zahlen erfahren, und bedaure es, dass allen voran die Pro City sich, wie es scheint, aus Prinzip gegen eine erneute Prüfung dieser Variante stellt. Meines Wissens kam dieser Vorschlag vor mehr als 10 Jahren aus den Reihen der Lastwagenunternehmen, seit dieser Zeit hat sich viel getan – die Anzahl der Kleiderläden hat sich in meiner Wahrnehmung ungefähr verdreifacht, während andere Detaillisten leider ihre Türen schliessen mussten. Es wäre sinnvoll, wenn man die Situation neu überprüfen würde. Über verschiedene Finanzierungsmodelle müsste man genauso diskutieren wie über eventuell günstige Bedingungen, beispielsweise seitens der Stadt für Geschäfte, die sich zu einem Warenlager entscheiden. Selbstverständlich wären Lieferungen mit verderblichen Waren und Medikamenten von einem Zentrallager ausgenommen. Zusammen aber mit all den Fahrten, die im öffentlichen Interesse zwingend nötig sind, ergibt das noch immer eine relativ hohe Verkehrsbelastung in der Fussgängerzone Altstadt.

Der zweite Problembereich, nämlich der ständige Verkehr ausserhalb der Güterumschlagzeiten muss unbedingt zurückgebunden werden. Es kann nicht sein, dass morgens um 11.30 Uhr 10 Lieferwagen aller Art die Vorstadt versperren, darunter einer unserer einheimischen Bierbrauerei, welche wohl kaum am Morgen am Gotthard im Stau gestanden ist und daher erst jetzt liefern kann. Solche Beispiele gibt es an beliebigen Tagen und zu allen möglichen Zeiten. Da stellt sich für mich schon die Frage, erhält eigentlich jeder eine Bewilligung, respektive werden diese Fahrzeuge auch kontrolliert? Es gibt Altstadtgeschäfte, die über längere Zeit ihr Fahrzeug vor dem Laden parkieren, obwohl nichts ein- oder ausgeladen wird, und man kann Autos beobachten, die offensichtlich irrtümlich, aber ungeahndet durch die Altstadt kurven, weil sie das Fahrverbot nicht beachtet haben.

Es ist mir klar, dass die Verwaltungspolizei auch andere Pflichten hat, als das ständige Patrouillieren in der Altstadt. Wenn sie aber diese Aufgaben nicht wahrnehmen kann, so müsste die Stadt meines Erachtens andere Massnahmen ergreifen, um Unbefugten die Zufahrt in die Fussgängerzone zu verunmöglichen, zum Beispiel das Erstellen sogenannter Polleranlagen, wie sie die Stadt Bern kennt. Gemäss Aussage der dort zuständigen Stellen erfüllen diese Anlagen die Erwartungen zur vollen Zufriedenheit der Behörden. Wer eine Bewilligung erhält, bekommt einen Badge und damit lassen sich die Poller versenken, sodass die Ein- und Ausfahrt in die Fussgängerzone möglich wird. Wer keine Bewilligung hat, hat somit keine Möglichkeit die Fussgängerzone zu befahren. Die Bewilligungen sind gebührenpflichtig und je nach Bewilligungsart auch zeitlich beschränkt gültig. Für Polizei, Feuerwehr und die Müllabfuhr werden die Poller per Funk versenkt, und auch dies funktioniert einwandfrei. Kostenpunkt einer Polleranlage (wie in Bern): CHF 100'000.--, der Unterhalt pro Jahr beläuft sich auf CHF 6'000.--. Eine günstigere, sogar einträglichere Variante wäre einerseits mehr Geld für die Bewilligungen zu verlangen, respektive die Bussengelder massiv zu erhöhen, so dass sich ein einmal Gebüsster etwas länger als 2 Minuten an sein Vergehen erinnert. Aber eben, dann müsste die Polizei Präsenz markieren, und auch das kostet.

Sie sehen, es gäbe durchaus Möglichkeiten und Massnahmen, das Nebeneinander in der Fussgängerzone auch für die Fussgänger und Flanierer erträglicher zu gestalten. Ich bitte Sie daher mein Postulat zu unterstützen und den Stadtrat zu beauftragen, den Stadtratsbeschluss betreffend Verkehrsregime Fussgängerzone vom 7. Juni 1988 zu überarbeiten und dem Grossen Stadtrat ein Konzept vorzulegen, das insbesondere den Punkt 4.2, Ausnahmen nach Zeiten, dieses Beschlusses auf sinnvolle und effiziente Weise regelt. Ich bin mir durchaus bewusst, dass dies keine leichte Aufgabe ist, aber ich bin überzeugt, dass es eine Aufwertung der Altstadt und mehr Lebensqualität für alle bedeutet. Ich danke für eine konstruktive Diskussion. “

SR Jeanette Storrer**Stellungnahme Stadtrat**

”Die Hauptaussagen von Katrin Huber Ott gemäss Postulat lauten wie folgt: Wer am Morgen in die Altstadt geht, trifft weit bis nach 11 Uhr reihenweise auf Lastwagen, Kleintransporter und Autos aller Art und muss froh sein, unbeschadet sein Ziel zu erreichen. Ich möchte dazu wie folgt Stellung nehmen:

Die Regelung, wie sie gemäss SRB vom 7. Juni 1988 Ziff. 4.2 gilt, ist einfach und klar. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf die Ihnen allen im Einzelnen bekannte und seither unveränderte Zone der Altstadt und ist mit ausführlichen Tafeln (Fussgängerzone, allgemeines Fahrverbot) sowie weiteren Verbotssignalen signalisiert. Die Einfahrt in die Zone ist auf folgende Orte beschränkt: Oberstadt, Schwertstrasse, Webergasse, Vordergasse, Freier Platz. Soweit sind sich die Postulantin und der Stadtrat und wohl alle in diesem Saal einig, und dies alles soll auch weiterhin seine Gültigkeit behalten. Nun komme ich zu den Ausnahmen, die vorher thematisiert wurden und zu Fahrten in die Fussgängerzone berechtigen: Der SRB unterscheidet dabei Ausnahmen nach Zeiten und Ausnahmen nach Kategorien. Die Postulantin fordert insbesondere, die Regelung bei den Ausnahmen nach Zeiten zu überprüfen.

Generell erlaubt sind:

- Güterumschlag von Montag bis Freitag 19.00 abends bis 11.00 Uhr morgens
- Radfahren von 19.00 Uhr (donnerstags ab 20.00) abends bis 07.00 morgens, sowie sonntags ganztags gemäss SRB vom 29. April 2003
- Zielfahrten für einen bestimmten, im SRB festgehaltenen Zweck (öffentlicher und privater Notfalldienste, Transporte von nicht mobilen Personen zum Arzt, Invalidenfahrzeuge, Fahrzeuge von Geschäften mit Lokal in der Fussgängerzone zur Auslieferung von Frischprodukten, Anwohner und Taxi im Zubringerdienst, Expresszustellung und Kurierdienste mit Velos, sowie alle Fahrzeuge, wo sich die Kennzeichnung nicht bereits durch das Fahrzeug selbst ergibt, mit Vignette, welche bei der Verwaltungspolizei einzuholen ist
- Fallweise, das heisst ausnahmsweise erlaubt sind mit schriftlicher Einzelbewilligung der Verwaltungspolizei: Fahrten zu einem anderen Zweck, dabei geht es hauptsächlich um den Baustellen- und Bauhandwerkerverkehr mit Güterumschlag und Fahrten mit begründeter Dringlichkeit. Solche Bewilligungen werden täglich 5-10 ausgestellt.

Zum Ist-Zustand gemäss Praxis und Feststellung der Verwaltungspolizei ist in den seit Eingang des Postulats zusätzlich und mit Fokus auf die späten Morgenstunden durchgeführten Kontrollen der Schaffhauser Verwaltungspolizei Folgendes festzustellen:

Ergebnis der Kontrollen am 11.11. und 12.11.2010: Zwischen 10.45 und 11.15 Uhr befanden sich noch 10 Fahrzeuge zum Güterumschlag in der Fussgängerzone. In

der Woche vom 14.12. bis zum 20.12.2010 fanden tägliche Kontrollen statt, es befanden sich zwischen 11.00 und 12.00 Uhr 2 bis maximal 6 Fahrzeuge in der Fussgängerzone. Diese Fahrzeuge wurden ermahnt, zumal sie die Zeitlimite bereits überschritten hatten; im Wiederholungsfall werden sie gebüsst. Gemäss Unfallauswertung der Schaffhauser Polizei ereignete sich von 2005 bis 2010 ein Unfall, bei dem ein Lieferwagen mit einer Passantin kollidierte und diese leicht verletzt wurde (2005 auf der Goldsteinstrasse).

Regelung in anderen Gemeinden mit Fussgängerzone: Im Vergleich dazu bestehen in anderen Gemeinden kurz skizziert folgende Regelungen zum Güterumschlag:

- St. Gallen: Montag bis Freitag bis 13.00 Uhr, Samstag bis 11.00 Uhr
- Winterthur: Montag bis Samstag bis 11.00 Uhr
- Chur: Montag bis Freitag 06.30 bis 11.30 Uhr, Samstag 06.30 bis 09.00 Uhr
- Frauenfeld: Montag bis Samstag 06.00 bis 13.00 Uhr

Schreiben der Pro City vom 7. Dezember 2010:

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2010 teilt die Pro City Schaffhausen mit, dass sie über Schaffhauserland Tourismus abgeklärt habe, wie viele Stadtführungen in der Fussgängerzone und während der Ladenöffnungszeiten stattgefunden hätten. Am meisten Führungen seien es während der Monate Mai und September gewesen, wobei im Mai zwischen Montag und Freitag insgesamt 12 Führungen während der Anlieferzeiten (08.00 und 11.00 Uhr) und 27 ausserhalb stattgefunden hätten. Im September seien es zwischen Montag und Freitag insgesamt 48 innerhalb und 62 ausserhalb der Anlieferzeiten gewesen. Die Verwaltungspolizei hat sich mit Schaffhauserland Tourismus kurz geschlossen. Es ist tatsächlich bekannt, dass bis 11 Uhr für Stadtführungen erschwerte Bedingungen herrschen; diese Tatsache wird bei der Einteilung der Stadtführungen berücksichtigt, aus Sicht des Tourismus wird vermehrt das Nichteinhalten des Schrittempos bemängelt oder dass vereinzelt am Nachmittag Lieferungen in der Altstadt unterwegs sind. Die Pro City hält zudem fest, dass die Morgenstunden, vor allem ab 10.00 bis 11.00 Uhr, bei Wochenmarkt bereits ab 09.00 Uhr, sehr beliebte und gut frequentierte Einkaufszeiten seien und dass kein Ausweichverhalten zu beobachten sei. Eine Abklärung der Pro City vor einigen Jahren betreffend gemeinsames Logistikzentrum ausserhalb der Altstadt und eines Sammeltransports mit Lieferanten und Abnehmern habe ein ernüchterndes Resultat ergeben: Zu teuer, zu viele Verzögerungen, administrativer Mehraufwand, insgesamt spricht sich die Pro City im erwähnten Schreiben für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus. Es finde eine angemessene Interessensabwägung statt.

Stellungnahme zum Postulat:

Dazu ist grundsätzlich zu bemerken, dass sich die bestehende Regelung seit langem bewährt, und zwar in dem Sinne, als sie eine ausgewogene Lösung zwischen den Interessen der Fussgängerinnen/Fussgängern und den Interessen der in der Altstadt lokalisierten Gewerbetreibenden darstellt. Dies ist auch aus den in anderen Städten geltenden Regelungen ersichtlich, die sich mehr oder weniger auf den gleichen Zeitrahmen wie in Schaffhausen konzentrieren. Nimmt man vor allem die Wochentage in genaueren Fokus, so sind folgende Gegebenheiten zu beachten. Meines Erachtens ist dieser Punkt in den Ausführungen von Katrin Huber Ott zu kurz gekommen, und ich bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit:

Aus geografischen Gründen liegt die Stadt Schaffhausen für viele Touren nicht am Anfang der Versorgungskette, unsere Lage ist nicht sehr zentral. Bei der zeitlich möglichen Routenplanung spielen auch die LSVA und das Nachtfahrverbot eine

Rolle. Je nach Herkunftsort des Transports ist es unmöglich, um 5 Uhr morgens bereits in Schaffhausen zu sein, selbst wenn das Altstadtgeschäft die Möglichkeit eines abschliessbaren Lokals zur Verfügung hätte. Zudem würden sich die Anwohner der Altstadt bedanken, wenn bereits am Morgen früh erheblicher Lärm entsteht.

Eine Rolle spielen zudem die morgendlichen Öffnungszeiten der Geschäfte. Anlieferungen können erst erfolgen, wenn die Geschäfte bedient sind. Nicht alle Geschäfte werden mit Kleinstwaren beliefert, die in einer abschliessbaren Box deponiert werden können. Die Öffnungszeit der Geschäfte ist in der Regel um 9 Uhr, was die Zeit des möglichen Güterumschlags sehr einschränkt, sofern wir diese Zeiten nicht über 11 Uhr ausdehnen wollen. Ich denke nicht, dass dieses Regime gelockert und Anlieferungen bis in die Nachmittagsstunden ermöglicht werden sollten.

Die Grossverteiler können in der Altstadt glücklicherweise von ausserhalb der Fussgängerzone bedient werden (Migros, Coop, Manor).

Im Schlussbericht „Runder Tisch Parkraumplanung“ von 1999 wurde als planerische Massnahme die Bündelung von Ver- und Entsorgung der Altstadt vorgeschlagen. Hinsichtlich der Entsorgung konnte mit den neuen Entsorgungssammelstellen in der Altstadt eine grosse Entlastung und spürbare Verbesserung erzielt werden. Sie können sich sicherlich alle daran erinnern, wie damals die Entsorgungsfahrzeuge im Schrittempo durch die Altstadt fuhren und bei jedem Abfallsack anhielten, um ihn aufzuladen. Die Einführung einer City-Logistik wurde in der Folge von der Pro City geprüft. Abklärungen haben ergeben, dass eine solche Bündelung an den entstehenden Kosten, befürchteten Verzögerungen bei den Lieferungen und administrativem Mehraufwand scheitert.

Eine Ausdehnung der Sperrzeit - dies hat Katrin Huber Ott nicht ins Auge gefasst - das heisst eine Einschränkung des erlaubten Güterumschlags (beispielsweise nur bis morgens 10.00 Uhr) führt zu einem Mehrverkehr während der erlaubten Zeit und wäre für die Fussgänger sicherlich nicht von Vorteil. Eine bessere Koordination der Anlieferungen, wie sie die Postulantin anregt, wäre praktisch nur über einen zentralisierten Lieferdienst möglich, der jedoch – wie in der Stellungnahme der Pro City vermerkt – andererseits auch Nachteile mit sich bringt. Sollten damit möglichst viele Fliegen auf einen Schlag bedient werden, wäre dies sicherlich nicht mit einem Lastwagen machbar, wie die Postulantin ziemlich plakativ darstellt. Die Altstadtgeschäfte müssten weniger individuell angefahren werden, was von der Menge Fahrzeuge her eine gewisse Entlastung der Fussgängerzone mit sich bringt, die Fahrzeuge müssen jedoch wohl erheblich länger durch die Fussgängerzone fahren.

Angesichts der Vielfalt des Angebots, das die Altstadt von Schaffhausen bietet und bieten muss, um konkurrenzfähig zu bleiben, erscheint es dem Stadtrat durchaus nachvollziehbar, dass die Abklärungen der Pro City für ein gemeinsames Logistikzentrum und einen Sammellieferdienst auf Schwierigkeiten gestossen und ernüchternd ausgefallen sind. Dazu könnten Grossstadträte, die ein Geschäft in der Altstadt haben, vielleicht noch kurz Stellung nehmen. Dass eine solche Vorstellung unrealistisch erscheint, liegt für mich auf der Hand. Vergleichbare Regelungen in anderen Städten mit Fussgängerzonen zeigen, dass kein grosser Spielraum besteht.

Die Verkehrssicherheit ist aufgrund der Stellungnahme seitens der Verkehrspolizei mit der bestehenden Regelung nicht in Frage gestellt, so dass sich eine Änderung auch aus einem übergeordneten Blickwinkel nicht aufdrängt. Es können aber durchaus Situationen auftreten, in denen man sich genötigt sieht, aufzupassen, und zwar

gegenseitig. Selbstverständlich steht und fällt die bestehende Praxis mit der Beachtung der entsprechenden Ausnahmetatbestände durch Zu- und Anlieferanten. Das ist tatsächlich ein Problem. Die Verwaltungspolizei ist sehr oft im Gespräch mit verschiedenen Camioneuren, die unter erheblichem Zeitdruck stehen, der zwangsläufig entsteht, sobald eine Lieferung nicht wie geplant erfolgen konnte.

Pro City hat ihre Mitglieder angeschrieben und nochmals auf das geltende Reglement aufmerksam gemacht. Bei der Erteilung von Einzelbewilligungen führt die Verwaltungspolizei ein sehr zurückhaltendes Regime. Wie bereits erwähnt, handelt es sich um 5-10 Einzelbewilligungen. Bei der Anzahl Fahrzeuge, die auch den privaten Notfalldienst umfassen, hat es tatsächlich keine Entlastung in den letzten Jahren gegeben. Dies zeigt sich vor allem mit den verschiedenen Expresszustellungen, die in der Stadt unterwegs sind. Es hat aber auch damit zu tun, dass der Kunde - wenn er einen Artikel am Morgen in der Altstadt nicht erhält - erwartet, diesen am Nachmittag bereits abholen zu können; andernfalls weicht er auf eine andere Einkaufsmöglichkeit aus, die den Artikel am Nachmittag wunschgemäss ausliefern kann. Die Kontrolle der Verwaltungspolizei wurde aufgrund des Postulats aktiviert, es wurde auch strenger vorgegangen. Es ist eine wahre Sisyphusarbeit, die den lokalen Geschäftsbetreibern auch bekannt ist. Regelmässig wird bei Fahrzeugen, die vor den Läden parkiert sind, nach einer gewissen Zeit nachgefragt, ob diese nicht wegparkiert werden können. Aber es ist unmöglich, alle zu kontrollieren und zu büssen, die sich nicht zur richtigen Zeit am richtigen Ort befinden. Sie kennen dies vielleicht mit den Parkbussen, und dass man auch mal froh darüber ist, nicht erwischt worden zu sein. Diesbezüglich ist das Postulat willkommener Anlass - wie bereits begonnen - die Kontrolltätigkeit insbesondere in den Morgenstunden zu erhöhen und Geschäfte sowie auch Lieferanten auf das geltende Regime aufmerksam zu machen und Sanktionen auszusprechen, wo dieses nicht beachtet wird.

Das System mit den Pollern in Bern kenne ich persönlich nicht. Es erinnert mich an den Wegzoll aus früherer Zeit. Diese Anlagen sind auch kontrovers, wenn man an den Rheinfluss denkt. Ich kann nicht abschätzen, ob solche Anlagen für Schaffhausen geeignet wären. Bedenken Sie unsere "Bsetzisteine" in der Altstadt und die Schwierigkeiten, die sich beim Einbau der "Kissen" ergeben, um den Verkehr entsprechend abzubremesen.

Mit Blick auf die vorstehenden Ausführungen bitten wir Sie daher, das Postulat nicht zu überweisen. "

Christine Thommen (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Eine rund um die Uhr autofreie Altstadt - wer sagt nicht sofort Ja dazu, denn es wäre als touristischer oder einheimischer Zweibeiner doch wunderbar, zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Konkurrenz von motorisierten Vierrädern die Altstadt für sich zu haben. Nun, das wäre aber bloss auf den ersten Blick wunderbar, gleichzeitig würde das zu einer ziemlich unspassigen Sache führen. Stellen Sie sich vor, liebe Grossstadträtinnen, eine Altstadt ohne Schuhgeschäfte und ohne Kleiderläden, wo wir unserer berühmt-berüchtigten Shopping-Leidenschaft frönen können oder wenn Sie, liebe Grossstadträte, nicht mehr in den Elektronik-Shops nach den neusten technischen Errungenschaften fahnden könnten. Oder Schleckmäuler, wenn diese sich - beispielsweise auf dem Weg zu einer Grossstadtratssitzung - nicht mehr nach Herzenslust mit süssen Confiserie-Sünden eindecken können, um sich die manchmal weniger bekömmlichen Sitzungen zu versüssen. Es liessen sich noch zahlreiche weitere Beispiele finden, aber ich will die Liste nicht künstlich verlängern, Sie wissen

sicher, worauf ich hinaus will.

Um die Versorgung unserer Altstadtgeschäfte aus der Luft ist es bekanntlich noch nicht sonderlich gut bestellt. Es bleibt also nur der Landweg, damit die Geschäfte in der Altstadt zu ihren Waren kommen, und es damit sichergestellt ist, dass uns oben angedeutetes Horror-Szenario erspart bleibt und unsere lebendige Altstadt nicht zu einer auch für Touristen nicht mehr interessanten Geisterstadt wird. Es geht also primär um lebendige Altstadt versus autofreie Altstadt. And the winner is beide. Denn wir bekennen uns klar dazu, dass wir den Fünfer und das Weggli wollen, also eine lebendige UND eine autofreie Altstadt. Damit dies möglich ist, bedarf es einer vernünftigen Interessensabwägung.

Diese wurde glücklicherweise schon vor 13 Jahren gefunden: Der altstädtische Landweg ist gemäss Stadtratsbeschluss betreffend Verkehrsregime Fussgängerzone für die Warenanlieferer bis 11 Uhr morgens offen. Ein nicht sehr grosses Zeitfenster, insbesondere auch wenn man bedenkt, dass Schaffhausen aufgrund seiner geographischen Lage für die meisten Anlieferer - auch unter dem Druck der Schwerverkehrsabgabe - sicher nicht grad "auf der Strecke" liegt. Würde die Anlieferungszeit noch mehr konzentriert, wäre dies einerseits teilweise gar nicht machbar, andererseits käme es in der knapperen Zeit zu mehr Verkehrsaufkommen und damit zu noch grösseren Behinderungen von Fussgängern. Die Lösung des Problems über den Luftweg habe ich eingangs ausgeschlossen.

Man kann das Thema drehen und wenden wie man will, es ist weit und breit keine bessere Lösung als die bestehende in Sicht, um die lebendige und autofreie Altstadt unter einen Hut zu kriegen. Im Übrigen erscheint die Schilderung der Postulantin doch ein bisschen gar übertrieben, wenn sie von "Spiessrutenlauf" spricht. Vielmehr geht es da um gegenseitige Rücksichtnahme zwischen Fussgängern und Anlieferern, die ja erfreulicherweise bestens funktioniert. Es kommt - wie von SR Jeanette Storrer aufgezeigt - praktisch nie zu Unfällen. Kurz: Die heutige Regelung hat sich in der Praxis bewährt, vernünftige Alternativlösungen, die nicht auf Kosten unserer lebendigen Altstadt gehen, sind nicht ersichtlich. Legen wir den Altstadtgeschäften also keine zusätzlichen Steine in den Weg. Die Altstadt soll für Touristen, Schleckmäuler und Fashion victims, für Sie und für mich und uns alle autofrei *und* lebendig bleiben. Die FDP-Fraktion lehnt daher das Postulat ab. "

Martin Roost (OeBS, parteilos)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Ich habe Verständnis für die Aussage von Katrin Huber Ott, dass es unschön ist, wenn am Morgen zahlreiche Kleintransporter und Lastwagen unser Stadtbild beeinträchtigen. Aber ich freue mich für unsere Altstadtgeschäfte, dass sich Katrin Huber Ott als Altstadtkonsumentin geoutet hat. Trotzdem hab ich kein Verständnis für das Postulat. Ich sehe keinen Bedarf an neuen Konzepten, wie im Postulat gefordert. Wir brauchen einfach normalen Menschenverstand. Ein neues Konzept löst die Probleme nicht, wir verschieben sie höchstens. Es gibt zahlreiche Geschäfte, die erst gegen 10 Uhr öffnen. Ich habe ein sehr junges Geschäft neben mir, das sogar erst gegen 12 Uhr öffnet, weil seine mehrheitlich junge Kundschaft später kommt. Seine Anlieferungen werden bei mir zwischengelagert. Würden wir die Anlieferzeiten verkürzen, hätten wir ein viel grösseres Problem. Dazu haben wir bereits ausführliche Begründungen gehört. Wir haben aber nicht nur die Anlieferungen, sondern auch Personentransporte. Zu meinen Kunden zählen aber auch betagte Menschen, für deren Transport es Ausnahmegewilligungen braucht. Ich möchte in solchen Fällen die Stadt anweisen, auf den Hinweis, man müsse vor 11 Uhr in die Altstadt fahren,

zu verzichten. Das ist nicht immer möglich. Ich appelliere aber ganz klar an die Geschwindigkeit. Da habe ich grosses Verständnis für Reklamationen. Mein Geschäft steht an einer engen Einfahrtsschneise in die Altstadt. Hier sind Kontrollen nötig, es muss darauf aufmerksam gemacht werden und gegebenenfalls müssen auch Busse bei Nichteinhalten des Schritttempos ausgestellt werden. Wir brauchen aber keine neue Verordnung.

Ich möchte an dieser Stelle SR Jeanette Storrer etwas zum Schmunzeln mitgeben: Mein Geschäft ist an der sehr engen Schwertstrasse und genau an der Einfahrt von der Bahnhofstrasse in die Schwertstrasse steht ein Niederflurcontainer. Wenn das Entsorgungsfahrzeug zur Entleerung kommt, steht während einer Viertelstunde sowohl an der Bahnhofstrasse wie auch in der Schwertstrasse alles still, sogar teilweise auch die Busse. Selbstverständlich hat sich die Situation gegenüber früher verbessert, als der "Kübelwagen" im Schritttempo in der Altstadt jeden Abfallsack einzeln aufladen musste. Trotzdem unterstütze ich das Postulat nicht, und auch unsere Fraktion kann mehrheitlich nicht zustimmen. Wir brauchen einfach mehr Menschenverstand und gegenseitige Toleranz. "

Alfred Tappolet (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"In der von der Postulantin hoch gelobten Stadt Bern musste der Bioladen Vatter wegen der vielen Auflagen, die in der Stadt herrschen, seine Tore schliessen. Die Bioprodukte werden nun wieder mit dem Auto auf der grünen Wiese eingekauft. Wir wollen Gewerbe und Leben in unserer Altstadt. Eine Museumsstadt, in der Touristen nur flanieren und nicht konsumieren, lehnen wir ab. Lebensmittel müssen frisch angeliefert werden, dazu ist ein Anlieferservice nötig. Diese Produkte können nicht zwischengelagert werden. Wir lehnen auch vermehrte polizeiliche Interventionen gegenüber Gewerbetreibenden ab. Der Einsatz der Polizeikräfte ist dort nötig, wo unsere Stadt zerstört wird, und das ist nicht morgens um 11 Uhr, sondern nachts ab 23 Uhr. Deshalb lehnen wir das Postulat ab. Ich bitte die Polizeireferentin, die angeordneten Kontrollen der Gewerbetreibenden wieder rückgängig zu machen und diese Kontrollen auf die Nachtstunden zu verlegen. "

Urs Tanner (SP)

Votum

"Den anarchistischen Aufruf von Hühnerzüchter Alfred Tappolet habe ich schmunzelnd zur Kenntnis genommen, und ich meine diese Bezeichnung keineswegs beleidigend wie mir jetzt unterstellt wird. "

Der **Ratspräsident** bittet an dieser Stelle um sachbezogene Voten und schaltet mit seiner Intervention das Mikrofon des Rednerpultes automatisch aus. Das Votum von Urs Tanner wird nicht aufgezeichnet. Die Protokollierung ist deshalb nicht wortgetreu, sondern sinngemäss.

Urs Tanner (SP) bittet darum, die Anliegen der Postulantin mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu behandeln. Es sei keineswegs Absicht des Vorstosses, den Altstadtgeschäften Steine in den Weg zu legen. Aber die geltende Verordnung müsse eingehalten werden, eine Kuschelpolizei, die nur ermahne und die Augen zudrückt, aber keine Sanktionen einsetzt, nütze nichts.

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Wir haben uns heute Abend bei zwei Geschäften über Stadtentwicklungen unter-

halten und mindestens in Klammern auch über die Wirtschaftsförderung. Sehr schnell sind wir geneigt, Visionen zu zeichnen und vergessen, dass es oftmals darum geht, konkrete Massnahmen umzusetzen, beziehungsweise Rahmenbedingungen zu schaffen, dass überhaupt eine Stadtentwicklung möglich ist. Wir haben eine grosse Werbekampagne lanciert, das "Kleine Paradies", die zwar nicht allen gleich gut gefällt, aber ich finde sie sympathisch. Das "Kleine Paradies" ist nicht so schillernd nur wegen der schönen Landschaft und den grossen Einkaufszentren, sondern gerade wegen unserer Altstadt, die einen sehr schönen Gebäudebestand hat, architektonisch sehr attraktiv und gepflegt ist und über ein ausgezeichnetes Angebot im Detailhandel verfügt. Ich kann das sagen und für mich in Anspruch nehmen, weil ich in der Altstadt einkaufe. Ich lege grossen Wert darauf, dass wir den Kleinunternehmerinnen und -unternehmern nicht noch mehr Steine in den Weg legen.

Wir haben es aus erster Hand von Martin Roost und aus der Stellungnahme der Pro City gehört, dass alle bemüht sind, sich an die geltenden Vorschriften zu halten. Die Postulantin ist teilweise von gewissen Illusionen getragen, wenn sie tatsächlich meint, die Anlieferung von Ware könne problemlos mit einem oder zwei Lastwagen erledigt werden. Es geht hier aber um absolut unterschiedliche Waren, die ausgeliefert werden müssen. Unsere Geschäfte in der Altstadt haben mit der grossen Konkurrenz der stadtnahen Einkaufszentren zu kämpfen, und es wird noch mehr davon geben. Sie alle kennen diese Problematik. Für mich ist entscheidend, dass ich in den Einkaufszentren nicht eine hohe Qualität im Angebot und in der Kundenbetreuung vorfinde, sondern dies in unseren Altstadtgeschäften geleistet wird. Damit bleibt sie lebenswert und attraktiv für Neuzuzüger sowie ein wesentliches Element im Rahmen der Standortattraktivität. Bitte lehnen Sie dieses Postulat ab. "

SR Jeanette Storrer

Stellungnahme Stadtrat

"Viel Neues haben wir nicht gehört; das zeigt auch, dass zwar alle Verständnis für das Anliegen von Katrin Huber Ott haben, aber mit dem gegenwärtigen Regime mehrheitlich gut leben können. Zu den Aussagen von Urs Tanner möchte ich bemerken, dass ich ganz klar auf die Sanktionen hingewiesen habe; der Verwaltungspolizei braucht man nicht zu sagen, dass sie nur mit Ermahnungen nicht weiter kommt. "

Katrin Huber Ott (SP)

Schlusswort

"Zu Christine Thommen: Gleich am Anfang meiner Begründung habe ich erwähnt, dass ich nichts gegen Autos habe und keineswegs eine autofreie Altstadt um jeden Preis möchte oder gar die Geschäfte schikanieren will. Es geht eigentlich um ein Nebeneinander.

Gesunder Menschenverstand wurde von Martin Roost gefordert - diesen wünsche ich mir auch. Leider ist es nicht so, dass alle diesen haben, sonst müssten wir nicht dauernd neue Regelungen und Gesetze einführen.

Zum Thema Verwarnung: Das finde ich etwas seltsam. Wenn ich mit dem Auto mit 55 anstatt der erlaubten 50 km/h fahre, werde ich auch gebüsst und nicht nur verwarnt. Da erwarte ich bei allem Verständnis ein rigoroses Durchgreifen. Es ist schon ein Unterschied, ob es sich um einen Patiententransport handelt oder ob ein hiesiger Bierbrauer um 11.30 Uhr seine Ware ausliefert. Es ist wünschenswert und eine Bedingung, dass sich alle an die Regeln halten, beispielsweise das Schritttempo ist eine davon. Es ist schade, wenn gesagt wird, die Verkehrssicherheit sei nicht gefährdet. Auch ein Unfall ist ein Unfall zu viel. Ich bin viel mit meinen kleinen Kindern in

der Stadt unterwegs und möchte keinen Unfall erleben. Dann ist es nämlich zu spät. Ich kann mit den unterschiedlichen Voten und Ansichten der Kolleginnen und Kollegen aber gut leben. “

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt in seiner Schlussabstimmung das Postulat mit 21 : 10 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN

”Es freut mich, dass unsere Ratssitzungen von der Verwaltung begleitet werden. Ich bitte aber den Stadtrat, die Mitarbeitenden anzuweisen, künftig auf der Tribüne Platz zu nehmen. Ausnahme bleibt wie bisher die Budgetdebatte Ende Jahr. “

Neu eingegangener Vorstoss:

Interpellation von Daniel Preisig (JSVP): Wirksame Nutzung der Videoüberwachung durch konsequente Auswertung des Bildmaterials, Eingangsdatum 25.01.2011.

Verhandlungsbereit gemeldet wurde, vorbehältlich der Genehmigung des Protokolls, durch den Präsidenten der Fachkommission die VdSR vom 21. Dezember 2010 Erneuerung Waldfriedhof Schaffhausen/Sanierung Aufbahrung und Ersatzneubau Dienstgebäude. Das Geschäft erscheint auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 22. Februar 2011, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:35 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt